

XII

Stuttgarter Nachrichten

51. Mai 1972

1902

Auch wenn das Bundeskriminalamt von „gefälschten Briefen“ spricht:

Die Polizei kontrolliert trotzdem weiter

Die Schule wird am Freitag früher aus sein — Sicherheitsvorkehrungen bleiben

Von unserem Redaktionsmitglied Klaus Grundgeiger

Explodieren am kommenden Freitag in Stuttgart Bombenautos oder nicht? Diese Frage beschäftigt die Bürger der Landeshauptstadt auch nach der Meldung, die am Sonntag bekanntgewordene Drohung der Rote Armee Fraktion sei gefälscht. Die Polizei setzt ihre Kontrollen und Ermittlungen unbeeindruckt von der neuen Lage fort. Das Oberschulamt weist die Schüler in Stuttgart an, am Freitag den Unterricht so zu beenden, daß die Schüler vor 13 Uhr zu Hause sein können. Sorgfältig bereiteten sich auch am Dienstag Polizei und Behörden auf das für Freitag zwischen 13 und 14 Uhr angekündigte Bombenattentat in Stuttgart vor. So wurden — wie Polizeipräsident Paul Rau bekanntgab — im Lauf des Tages „Hunderte von Autos“ kontrolliert.

Rau erklärte, dabei seien die Papiere der Fahrer und die Fahrzeuge selbst „scharf unter die Lupe“ genommen worden. Der Chef der Stuttgarter Polizei bekräftigte, daß die Sicherheitsmaßnahmen in Stuttgart unverändert weiterlaufen würden. Mit Schreiben AV 3000-5 hat Oberregierungsdirektor Dr. Wolfgang Danneberg vom Oberschulamt die Leiter der necker vom Oberschulamt die Leiter der Gymnasien, Progymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen wissen lassen: „Die Schulen werden gebeten, den Unterricht am Freitag, dem 2. 6. 1972, so rechtzeitig zu beenden, daß die Schüler bis spätestens 13.00 Uhr zu Haus sein können.“ Eine ähnliche Regelung ist auch für die Grund- und Hauptschulen zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, daß der Unterricht zwischen 10.45 und 11.30 Uhr abgebrochen wird. Die Schulbehörde appelliert an die Eltern, ihre Kinder zum sofortigen Heimgehen anzuhalten oder sie sogar von der Schule abzuholen. Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, daß einzelne Kinder sich aus Neugierde nach Schulschluß auf der Straße herumtreiben.

Ob die Kindertagesstätten in Stuttgart am Freitag geöffnet sind, ist noch ungewiß. Die evangelische Kirchenpflege hat sich allerdings entschlossen, ihre Kindertagesstätten nicht zu öffnen. Ein solcher Entschluß ist bislang weder bei der Caritas

noch bei der Arbeiterwohlfahrt gefaßt worden. Sie wollen es den Müttern selbst überlassen, ob sie ihr Kind in die Tagesstätte schicken wollen oder nicht. Für die Kindertagesstätten der Stadt Stuttgart ist ebenfalls noch keine Entscheidung gefallen. Bürgermeister Dr. Rolf Thieringer — Referent für das Gesundheitswesen — hat die Krankenhäuser der Stadt angewiesen, für den Freitag ihren Bereitschaftsdienst zu verstärken.

Auf Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion erstattete Polizeipräsident Paul Rau am Dienstagmorgen im Verwaltungsausschuß einen Bericht über die Lage. Wie von Stadträten zu hören war, setzte sich danach im Ausschuß die Meinung durch, daß die Polizei nachhaltig arbeite und „das Bessermögliche getan“ werde. Die Bevölkerung solle den Dingen gelassen entgegenzusehen.

Ein spektakulärer Autodiebstahl beschäftigte gestern im Zusammenhang mit der Bombendrohung die Kriminalpolizei. In der Nacht zum Dienstag etwa zwischen 24 Uhr und 5 Uhr morgens entwendeten bisher unbekannte Diebe aus einer Garage in der Ecklenstraße einen Mercedes 350 mit dem Kennzeichen S — AD 6000. Drei weitere in der Garage untergebrachte Wa-

gen ließen der oder die Täter unberührt, rollten das vor dem 350er stehenden Diebstahlsgewand brachten ihn wieder an seinen Platz zurück, nachdem sie den silbermetallfarbenen Sportwagen herausmanövriert hatten.

Aus Sicherheitsgründen abgesagt wurde wegen der anonymen Bombendrohung vom Sonntag das deutsch-amerikanische Volksfest auf dem Burgholzhof, das vom 1. bis 7. Juni stattfinden sollte.

Baader-Meinhof: Siegesteier nach dem Bombenanschlag

Innenminister Genscher läßt Liste der Helfer zusammenstellen

Von den BILD-Redaktionen

Bonn/Stuttgart, 31. Mai

Sechs Rechtsanwälte haben nach einem Attentat der Baader-Meinhof-Bande eine „Siegesteier“ in der Wohnung eines Kollegen in München veranstaltet. Anlaß der Feier war der Bombenanschlag auf das Münchner Landeskriminalamt, wie die Münchner Kripo mitteilte.

Die Baader-Meinhof-Fahnder kennen

diese sechs jungen Münchner Anwälte, die mit den Terroristen zusammenarbeiteten.

Ein Sprecher der Kripo: „Wir wissen, daß sie den Terroristen zumindest Nachrichten übermitteln und Unterschlupfmöglichkeiten verschaffen. Aber bisher haben wir noch keine gesetzliche Handhabe gefunden zum Zugreifen, weil uns die notwendigen offiziellen Beweismittel fehlen. Die sechs Anwälte werden überwacht.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitet zur Zeit an einer Liste mit den Namen prominenter Helfer und Sympathisanten der Baader-Meinhof-Ban-

de. Nach Aussage von Beamten der Sicherungsgruppe Bonn erwägt der Innenminister, diese Liste mit Namen der Prominenten zu veröffentlichen.

Auf der Liste stehen unter anderen Schriftsteller, ein moderner Komponist und ein angesehener Theologe. Die meisten Prominenten sind Künstler, Wissenschaftler, Unternehmer, Anwälte.

Eine Arbeitsgruppe des Bundestags-Innenausschusses sprach sich gestern dafür aus, daß in Zukunft alle Privatwaffen beim Bundeskriminalamt registriert werden sollen. Der Erwerb von Schusswaffen soll nur noch zulässig sein, wenn der Antragsteller ein Bedürfnis nachweisen kann.

(Lesen Sie bitte weiter auf Seite 3)

Fortsetzung von Seite 1

Gestern verstärkte die Sicherungsgruppe Bonn die Fahndung nach Ulrike Meinhof, die sich nur noch unter dem Schutz von mehr-



Ministerpräsident Hans Filbinger

ten Bandenmitgliedern auf die Straße wagen soll. Ein Polizeisprecher sagte: „Wir haben Anzeichen, daß Ulrike Meinhof nur noch im Konvoi fährt. Einen Tag nach der Fernsehgroßfahndung wurde auf einer Autobahn in Norddeutschland beobachtet, wie bei einem Alfa Romeo, einem BMW und einem Ro 80 aus Benzinkanistern die Tanks gefüllt wurden.“

Für die Fahndung nach der Terroristen-Chefin gibt die Polizei den speziellen Hinweis: Die sensible Ulrike Meinhof hat die Angehörigkeit, aus Norvori-

tht Papierkügelchen zu drehen und um sich zu werfen. An der rechten Hand reißt sie häufig Daumen, Zeige- und Mittelfinger auseinander.

Ob sich Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande bereits in Stuttgart versteckt halten, fragte BILD vier Tage vor dem angekündigten Bombenattentat den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger: „Gibt es dafür Anzeichen, Vermutungen oder Beweise?“

Filbinger: „Darüber kann ich aus Sicherheitsgründen nichts sagen.“

BILD: „Gibt es Anzeichen oder Beweise, daß es auch in Stuttgart Sympathisanten oder Helfershelfer dieser Bande gibt?“

Filbinger: „Dieser Kreis ist bekanntlich im ganzen Bundesgebiet breit gestreut. Es ist daher anzunehmen, daß es auch in Stuttgart solche Leute gibt.“

Zur Sicherheit der rund 75.000 Schulkinder in Stuttgart hat das Kultusministerium angeordnet: Am Freitag werden alle Schulen so rechtzeitig schließen, daß kein Schulkind um 13.00 Uhr mehr auf der Straße sein muß.



Zeitungsausschnittbüro
Hermes 53 Bonn, Weberstr. 92
Tel. 226822

General-Anzeiger, Bonn
30. Mai 1972

Leichte Nervosität am ersten Tag nach der Drohung

Kurzen Urlaub am Bomben-Tag?

Stuttgarter fühlen sich an Bombennächte des letzten Weltkrieges erinnert

Von Klaus J. Schwenn

Stuttgart. (ap) Der Straßenverkehr „florierte“ in Stuttgart, knapp 24 Stunden nach den bekanntgewordenen Bombendrohungen, in gewohnter Schwerfälligkeit. Dem Trubel auf den Straßen und Bürgersteigen war nicht anzumerken, daß über der Stadt die

Gefahr explodierender Bomben liegt. Außerliche Unbekümmertheit kann indes inneren Gereiztheit und auch Unsicherheit in Teilen der Bevölkerung nicht verdecken. Wie das aussieht, spiegeln Anrufe an Zeitungsredaktionen und Leserbriefe wider.

So ist bei manchen besorgten Bürgern der Stadt die Rede davon, am kommenden Freitag kurzfristig Urlaub zu machen oder sich krank zu melden. Es gibt allerdings auch in den zahlreichen Telefonaten mit den Lokalredaktionen der örtlichen Zeitungen regelrechte Trotzreaktionen nach dem Motto: „Von denen lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen“. Verunsicherung und jetzt-erst-recht-Standpunkt werden abgelöst von der besorgten Frage, wie man sich schützen solle, daß die Drohbriefe jener angeblichen „Roten Armee Fraktion“ nur bei einem geringen Teil der Bevölkerung bislang leichte Wirkung gezeigt haben.

Viele der verunsicherten Bürger der Stadt sind in erster Linie weniger schockiert von der Möglichkeit, daß am kommenden Freitag zwischen 13 und 14 Uhr in Stuttgart drei

bombenbestückte Autos in die Luft fliegen sollen, sondern mehr von den anonymen Briefschreibern gewählten Motivation für solche Tat. Wenn das „Kommando 2. Juni“ in seinen zusammengeschriebenen und -geklebten Briefen schreibt, die Stuttgarter sollten wenigstens eine Stunde lang spüren, was Vietnamesen tagtäglich zu erdulden hätten, dann schäumt es bei vielen Älteren über, bei denen nämlich, die bis vor 27 Jahren solches in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges ebenfalls tagtäglich zu erdulden hatten. In jenen Bombennächten, so wird verbittert gesagt, die — vorausgesetzt, daß die Briefe von der Baader-Meinhof-Gruppe stammen — jene potentielle Attentäter höchstens aus den Geschichtsbüchern kennen.

Stuttgarts Oberbürgermeister Arnulf Klett und Polizeipräsident Paul Rau nehmen die

Bombendrohung „sehr ernst“, sie wollen jedoch keine Angstpsychose hervorrufen. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, heißt die Parole. Der Hauptbahnhof sollte in den letzten Tagen in die Luft fliegen. Er flog nicht. Gestern wurde eine Stuttgarter Firma bedroht. Es war fauler Zauber. Und die Einsatzkommandos der Polizei, deren kommunale, regionale oder auch überregionale Zusammensetzung geheim bleibt, tagen in Permanenz.

Als Fazit am ersten Tag nach den Drohungen vom Sonntag bleibt, daß jene, die möglicherweise aus „politischen“ Gründen den Versuch unternommen haben, eine Stadt von 628 000 Einwohnern in Schrecken zu versetzen, nur verrückte Nachahmer in ihren Sog zu ziehen vermochten. Ansonsten bleibt Unverständnis.



Zeitungsausschnittbüro
Hermes 53 Bonn, Weberstr. 92
Tel. 22 68 22

X11

Mannheimer Morgen

30. Mai 1972

Terror in den Städten

Nach den Bombenanschlägen von Frankfurt bis Heidelberg ist der linke Untergrund jetzt zum Psychoterror gegen eine ganze Stadt übergegangen. In Stuttgart herrscht Alarmstimmung, die Verunsicherung ist groß. Damit haben die Terroristen von der „Roten Armee Fraktion“ und der Baader-Meinhof-Bande zumindest ein Ziel erreicht.

Es zeigt sich, und nicht erst hier, daß die Existenz von wildentschlossenen Terrorkommandos diese unsere Gesellschaft und ihre Einrichtungen vor sehr schwierige Probleme stellt. Was Bundesinnenminister Genscher letzte Woche äußerte, nämlich daß der Ernst der Lage in den Anfängen der Baader-Meinhof-Bande von vielen nicht richtig eingeschätzt worden sei, trifft auf Politiker wie Journalisten und auch auf die verantwortlichen Organe in Bund und Ländern zu, hier in der Beurteilung des politisch-kriminellen Phänomens, dort im praktisch-organisatorischen Bereich. Erst jetzt hat das Bundeskriminalamt in Sachen Baader-Meinhof mehr Kompetenzen erhalten, ist die Fahndung gestrafft worden, stellen die Länder alle Kompetenzerfahrungen hintan, steht die Verabschiedung geplanter Gesetzesänderungen etwa zur Verstärkung des Haftrechts, zur Erschwerung des Waffenbesitzes, zur Unterstützung der Polizei durch den Bundesgrenzschutz nicht mehr in Frage, werden weitere Maßnahmen wie eine Revision des Melderechts erwogen, diskutiert man vielleicht auch über die Einrichtung einer Bundeskriminalpolizei zur Bekämpfung bestimmter Verbrechen, überlegt man sich, ob der politische Extremismus in der Bundesrepublik nicht zu wenig ernst genommen wird und ob es nicht vielfach an der inneren Bereitschaft zur Verteidigung dieses parlamentarisch-demokratischen Systems in unserem Staate fehlt.

Helfer und Sympathisanten

Wie ungehemmt die Baader-Meinhof-Bande in der Vergangenheit auch ihren kriminellen Aktionismus entfaltete, unter den ehemaligen APO-Mitkämpfern oder auch nur den Mitläufern und Sympathisanten gab es genug, die sie unterstützten, Bandenmitglieder vor der Polizei versteckten, ihnen Rechtshilfe zuteil werden ließen oder — wie der Schriftsteller Böll — ihren gemeingefährlichen Umrissen ein moralisches Mäntelchen umzuhängen versuchten. Der dringende Verdacht, der Bande geholfen zu haben, trug zum Beispiel dem hannoverschen Professor Brückner nicht nur die Suspendierung, sondern auch eine prompte Einladung zum Auftritt an der Universität Heidelberg.

Kopie aus dem Bundesarchiv

Helfer und Sympathisanten

Wie ungehemmt die Baader-Meinhof-Bande in der Vergangenheit auch ihren kriminellen Aktionismus entfaltete, unter den ehemaligen APO-Mitkämpfern oder auch nur den Mitläufern und Sympathisanten gab es genug, die sie unterstützten, Bandenmitglieder vor der Polizei versteckten, ihnen Rechtshilfe zuteil werden ließen oder — wie der Schriftsteller Böll — ihren gemeingefährlichen Umtrieben ein moralisches Mäntelchen umzuhängen versuchten. Der dringende Verdacht, der Bande geholfen zu haben, trug zum Beispiel dem hannoverschen Professor Brückner nicht nur die Suspendierung, sondern auch eine prompte Einladung zum Auftritt an der Universität Heidelberg ein — mit höchstgehender Erlaubnis des sozialdemokratischen Rektors, der sich unter Umständen als SPD-Kandidat in der nächsten Bundestagswahl bewähren möchte.

„Terroristen schwimmen wie Stiehlinge im Wasser auf der Welle ihrer intellektuellen und aktivistischen Sympathisanten, auf der Welle der politischen Verharmlosung und ideologischen Rechtfertiger in der Gesellschaft“, formulierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel vorige Woche zur Einleitung eines bösen Angriffs auf die sozial-liberale Regierungskoalition, der die Opposition schwere Versäumnisse im Kampf gegen den Linksradikalismus vorwirft. So gerät denn die nötige Diskussion über die innere Sicherheit bereits ins Vorfeld kommender Wahlkampfpolemiken. Dabei muß sich die CDU darüber klar sein, daß Extremistenspuk und Bombenterror ihr wohl noch um einiges potenziert begnügt wären, würde sie heute die Regierung in Bonn stellen. Es ist einfach, der SPD am Zeuge zu flicken, denn diese Partei hat sich einem Teil der heimatlosen APO-Jugend geöffnet. Doch wenn die Parolen jungsozialistischer „Systemüberwinder“ von Bombenschlägen aus dem Untergrund begleitet werden, nimmt die Bereitschaft zu differenzieren ab.

Das Kunststück

So bringt sich der linke Terrorismus in weitesten Sinne auch politisch zur Geltung, allerdings nicht, indem er seine Absicht verwirklichen kann, das System zu stürzen. Er mobilisiert vielmehr die Gesellschaft, das Arsenal ihrer Möglichkeiten zum eigenen Schutz auszuschöpfen, und begünstigt zweifellos auch die Politiker mit dem Hang zu starken Worten. Es ist nötig, die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur gegen die Bombenleger selbst, sondern auch energischer gegen ihre Helfer und politisch-ideologischen Ziehväter zu verteidigen. Das Kunststück ist allerdings, diese freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik vor ihren Feinden zu schützen und sie zugleich vor der Aushöhlung ihrer liberalen Errungenschaft zu bewahren. Dies muß möglich sein. Angesichts des Bombenterrors konzentriert sich das öffentliche Interesse gegenwärtig auf den Ausbau der inneren Sicherheit. Das ist kein Wunder. Es gilt, den Staat instand zu setzen, so liberal wie möglich, und trotzdem so sicher wie möglich zu sein.

Sigmar Heilmann

Presse Archiv

30.05.72

Augsburger Allgemeine
(Aufh. G. 205,1)

Nummer 122 / AZ

Schepp ruft erneut nach Bereitschaftspolizei

Kripo nimmt Bombendrohung ernst

Umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen — Terror am Telefon häuft sich

Nach den Bombenanschlägen der letzten Tage und Wochen und den jüngsten Drohungen der Terroristen hat die Verunsicherung der Öffentlichkeit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Auch im Raum Augsburg haben sich nach der Explosion von zwei Sprengkörpern in der Polizeidirektion die anonymen Bombendrohungen gehäuft. Ämter und öffentliche Stellen versuchen sich inzwischen gegen Anschläge zu sichern, die Polizei steht in erhöhter Bereitschaft.

Die Augsburger Bombenzeit begann am Freitag, 12. Mai, 12.15 Uhr, mit der Expo-

man jetzt bemüht, die Reviere noch sicherer zu machen: „Es ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, und wegen der Finanzierung schon eine entsprechende Anforderung an die Stadt gestellt worden.

Schepp ist überzeugt: „Es wäre angebracht, die Bereitschaftspolizei nach Augsburg zu bringen.“ Die Polizei leidet an Personalmangel und mußte deshalb auch schon einige Anforderungen um Überwachung von Gebäuden ablehnen.

Auch beim Landgericht ist man vorsichtig geworden und hat bereits vor einer Woche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Landgerichtspräsident Braun: „Ich habe alle notwendig erscheinenden Maßnahmen in die Wege geleitet.“ Um welche Maßnahmen es sich handelt, will Braun nicht verraten, „denn sonst könnte man sie unterlaufen“.

Am Augsburger Hauptbahnhof wurden seit den Bombendrohungen die Streifen der Bahnpolizei verstärkt. Außerdem wurde, so stellvertretender Bahnhofsvorsteher Greis, das Personal angewiesen, „aufzupassen, ob irgendwelche verdächtige Wahrnehmungen gemacht werden“.

„Sprengmeister“ hatte kein Glück

Bombendrohungen machen Schule, die Rote Armee Fraktion (RAF) bekommt simple Nachahmer. So rief bei der Polizei ein Mann an und beschwerte sich über den Baulärm in der Nähe des Polizeireviere bei St. Max. Der anonyme Anrufer drohte, mit fünf Kilogramm Trinitroglyzerin (TNT) alles in die Luft zu sprengen, falls die Bauarbeiten nicht binnen zehn Minuten eingestellt würden.

Kurz darauf meldete sich der „Sprengmeister“ wieder und erklärte: „Die Frist ist abgelaufen, ich werde jetzt sprengen.“ Er kam nicht dazu — die Polizei hatte bereits nach dem ersten Anruf seine Spur aufgenommen und klopfte kurz nach dem zweiten Gespräch an seine Wohnungstür. Das Bomben-Telefonat dürfte den Augsburger eine Anzeige und auch eine saftige Geldstrafe kosten.

remo

sion von zwei Sprengsätzen in der Augsburger Polizeidirektion. Am 19. Mai wurde das Hauptpostamt nach einer Bombendrohung geräumt, am 26. Mai war die Schalterhalle des Hauptbahnhofs an der Reihe. Um 12.21 Uhr meldete ein anonymen Anrufer drei verborgene Bomben, um 15.15 Uhr wiederholte er sein makabres Spiel. Da sprach er bereits von vier Bomben. Am selben Tag bekam auch das Klostergut Gailenbach eine Bombendrohung, eine weitere erneut die Polizeidirektion.

Folge dieser systematischen Verunsicherung: Die Betroffenen versuchen sich zu sichern. Laut Polizeichef August Schepp sei

X 11

DER KOMMENTAR

Drohung 2 gegen eine Stadt

Von WERNER TITZRATH

Nach den Bombenanschlägen von Frankfurt, Augsburg, München, Karlsruhe, Hamburg und Heidelberg ist nun eine ganze Stadt bedroht. Drei Bomben mit je 30 Kilogramm Sprengstoff sollen am Freitag dieser Woche in Stuttgart detonieren.

Eine leere Drohung nur? Vor wenigen Wochen noch hätte wohl niemand — die Experten der Polizei ausgenommen — eine solche Ankündigung auch nur beachtet. Heute, nachdem es Tote und Verletzte gegeben hat, muß diese Drohung, die sich gegen mehr als 600 000 Menschen richtet, leider sehr ernst genommen werden.

Eine Herausforderung an den Staat, an uns alle stellt diese Drohung gegen eine ganze Stadt dar. Die Eskalation des Terrors hat ein Ausmaß erreicht, das kaum noch gesteigert werden kann. Das gilt auch für den Zynismus, mit dem die Drohung ausgesprochen wird. Die Bomben sollen in drei Autos detonieren, die angeblich irgendwo in der Stadt abgestellt werden. „Niemand soll dabei getötet werden“, heißt es in dem Drohbrief, der als die Äußerung eines Wahnsinnigen gewertet werden mußte, gäbe es nicht die bitteren Erfahrungen der letzten Wochen.

Die „Rote Armee Fraktion“, wie sich die Baader-Meinhof-Bande auch nennt, meint, was sie sagt. Und das nicht erst seit gestern. Sie sagt: Sie „will beweisen, daß sie, wann und wo sie will, zuschlagen kann“. Sie will die Bürger einer ganzen Stadt zwingen, eine Stunde lang „von den Straßen wegzubleiben, die Fenster zu öffnen und in den Keller zu gehen“.

Und die Bürger in Stuttgart werden das alles auch tun müssen, selbst wenn sich hinterher herausstellen sollte, daß alles nur ein Bluff, ein Ablenkungsmanöver oder gar die Tat eines Wichtigtuers war. Denn der Staat allein kann, so umfangreich die Sicherheitsmaßnahmen auch sein mögen, die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleisten.

Keineswegs aus heiterem Himmel, keineswegs über Nacht ist es dahin gekommen. Viele haben die Gefahren nicht erkannt, die schon vor Jahren erkennbar waren. Die ersten Symptome gab es schon Ende der sechziger Jahre. Sie sind auch von verantwortlichen Politikern verharmlost worden.

Heute genügt es nicht mehr, den Anfängen zu wehren. Dafür ist es längst zu spät. Auch mit verbalen Distanzierungen, die von manchen Seiten überdies recht lau klingen, ist es längst nicht mehr getan.

Es ist keine Übertreibung, sondern die nackte Wahrheit, wenn heute festgestellt werden muß, daß die innere Sicherheit in Gefahr ist. Diese Gefahr zu bannen ist ohne den entschlossenen Kampf gegen den Radikalismus nicht möglich.

Dies ist eine ernste Herausforderung auch an die Demokratie in diesem Lande, an die Parteien und ihre Wähler. Ein Ausweichen ist nicht länger möglich. Weder für den Politiker noch für den einzelnen Bürger. Wer sich dieser Herausforderung entzieht, macht sich mitschuldig.

Presse-Archiv

29.05.72

TT

.....

XII

Stuttgarter Zeitung
(Auf 1.160,9)

Drei Bombenexplosionen in Stuttgart angedroht

7 Sprengsätze sollen in drei Autos am Freitag zwischen 13 und 14 Uhr gezündet werden
„Rote-Armee-Fraktion“ will beweisen, daß sie, wann und wo immer, zuschlagen kann

Von unserem Redaktionsmitglied

SIC. STUTTGART. Die „Rote-Armee-Fraktion“ Baden-Württemberg hat am Sonntag in einem Ellbrief an die „Stuttgarter Zeitung“ drei Bombenexplosionen für Freitag in Stuttgart angekündigt. Die Sprengsätze sollen zwischen 13 und 14 Uhr, in drei Autos versteckt, in den Straßen der Stadt zünden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger hat für den heutigen Montag eine Sicherheitskonferenz einberufen. Dabei soll geprüft werden, welche Maßnahmen zu treffen sind.

Ein „Kommando Thomas Weissbecker“ der „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) hatte schon in der vergangenen Woche für den 2. Juni „weitere Aktionen in den Metropolen der Bundesrepublik“ angekündigt. Kommandos der RAF hatten sich für einige der jüngsten Sprengstoffanschläge verantwortlich erklärt. In dem Schreiben, das von einem „Kommando 2. Juni“ unterzeichnet worden ist, heißt es: „Niemand soll getötet werden.“ Die RAF wolle beweisen, daß sie, wann und wo sie wolle, zuschlagen könne, um die Menschen an den Bombenkrieg der US-Imperialisten in Vietnam zu erinnern. Jede der in Stuttgart angekündigten Bomben soll eine Sprengkraft von 30 Kilogramm TNT haben.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, von Wrangel, sagte, die Gefährlichkeit extremer Terroristen habe sich durch den Drohbrief bestätigt. CSU-Chef Franz Josef Strauß sprach von einer ernsthaften Kampfansage

oder der Tat eines Geisteskranken. Ein FDP-Sprecher betonte, die Terroristen seien im Grunde eine völlig isolierte, kleine Gruppe. Ein Sprecher der SPD wollte sich zu der neuen Drohung nicht äußern. Er betonte, man sollte die Terroristen nicht durch Reaktionen auf ihre Aktionen noch interessanter machen. Der DGB-Vorsitzende Vetter nannte die jüngsten Bomben und Sprengstoffanschläge „nackten Terror und Mord“. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart bezeichnete Bundesminister Eppler eine gemeinsame Abwehr des Bombenterrors als notwendig. (Siehe auch den Lokalteil, Seite 19.)

Wie unser Frankfurter Korrespondent berichtet, hat ein „Kommando 15. Juli“ innerhalb der RAF in einem Brief an die „Frankfurter Rundschau“ die Verantwortung für das Heidelberger Bombenattentat übernommen. Die Frankfurter Kriminalpolizei hält diesen Brief im Gegensatz zu anderen, aus Buchstaben und Worten zusammengeklebten Schreiben der letzten Tage aus verschiedenen Gründen für echt. In dem Brief werden weitere Anschläge „gegen die Massenmörder von Vietnam bis zum Sieg des Vietcong“ angekündigt. Die öffentlich beklagte mangelnde Unterstützung der Fahndungskräfte durch die Bundesbürger sieht das Kommando in dem stärker werdenden Bewußtsein der Bürger, „daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind. Weil sie wissen, daß Demonstrationen gegen die Verbrechen des Imperialismus nichts nützen“.

XII

Stuttgarter Nachrichten
(Aufl. 84,0)

7

„Weg von den Straßen und in die Keller“

Baader-Bande droht Stuttgart für Freitag drei Bomben an

In einem anonymen Brief kündigt ein „Kommando 2. Juni“ die Explosion von drei Autos an

STUTT GART (snd) — Drei Bombenexplosionen in Stuttgart am kommenden Freitag hat die Baader-Meinhof-Bande am Sonntag in anonymen Schreiben angekündigt. Die drei Bomben sollen zwischen 13 und 14 Uhr in abge-

stellten Autos in den Straßen der Stadt explodieren. Ministerpräsident Filbinger hat für heute eine Sicherheitskonferenz einberufen. Oberbürgermeister Klett forderte die Bevölkerung Stuttgarts auf, Ruhe zu bewahren.

Der aus Zeitungsausschnitten zusammengestellte und zum Teil mit Schreibmaschine geschriebene Brief ging am Sonntag bei der Deutschen Presse-Agentur in Hamburg, bei der Nachrichtenagentur „Associated Press“, der „Frankfurter Rundschau“ und dem Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart ein.

30 Kilogramm TNT solle niemand getötet werden. Die RAF, die „Rote Armee Fraktion“, wie sich die Baader-Meinhof-Bande selbst nennt, wolle beweisen, daß sie, wo immer und wann immer sie wolle, „zuschlagen kann“.

Oberbürgermeister Klett erklärte, erfahrungsgemäß handle es sich bei solchen Drohungen meist um leere Worte. Jedoch nehme man auf dem Stuttgarter Rathaus die Sache sehr ernst. Es seien alle nur möglichen Vorbereitungen getroffen, um einen Anschlag zu verhindern.

Ministerpräsident Filbinger versicherte, die Bürger könnten darauf vertrauen, daß der Staat alle Mittel zu ihrem Schutz einsetze. Es wäre falsch, die von der Bombendrohung ausgehende Gefahr herunterzuspielen. Panik sei aber ebenso unangebracht.

Der Brief mit der Bombendrohung ist von einem „Kommando 2. Juni“ unterschrieben. Diese Bezeichnung steht offensichtlich im Zusammenhang mit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration in Berlin von einem Polizeibeamten erschossen worden war. Anschläge am 2. Juni hat bereits am vergangenen Donnerstag ein „Kommando Thomas Weisbecker“ in ei-

nem ähnlichen Brief an die „Frankfurter Rundschau“ angekündigt.

Ein Sprecher der SPD wollte sich zu der neuen Drohung nicht äußern und begründete das damit, man sollte die Terroristen nicht durch Reaktionen auf ihre Aktionen noch interessanter machen, als sie als kleinste Minderheit seien. Nach Worten eines Bonner FDP-Sprechers zeigt die neue Drohung „gegen eine ganze Stadt“, daß die Terroristen im Grunde eine völlig isolierte kleine Gruppe seien, sonst würden sie die Bevölkerung einer Stadt nicht unterschiedslos bedrohen. (Weitere Berichte Seite 3 und Lokalteil.)

Leitartikel Seite 3

Robert Haerdter sieht in den Ergebnissen des Moskauer Gipfeltreffens eine Basis für die Neuordnung zwischen den USA und der Sowjetunion.

gung ein. Die einzelnen Briefe sind photokopiert.

Der „Brief an die Bürger in Stuttgart“ beginnt folgendermaßen: „Das Los ist auf Stuttgart gefallen. Warnung! Am 2. Juni genau zwischen 13 und 14 Uhr werden unsere RAF Pionier Spreng Experten in den Straßen Stuttgarts 3 Autos als Bombenautos explodieren lassen.“ In dem Brief werden die Bürger von Stuttgart aufgefordert, in dieser Zeit die Straße zu verlassen, die Fenster zu öffnen und in die Keller zu gehen. Durch die Bomben von

Brief
an die

Bürger in Stuttgart

der Los ist Auf Stuttgart gefallen

Heidelberg
den 27. Mai 1972

WARNUNG! am 2. Juni

GENAU ZWISCHEN

13 UND 14 UHR werden unsere RAP Pionier SPRENG experten in
den Straßen Stuttgarts **3 Autos als Bomben Autos**
explodieren lassen JEDES MIT EINER SPRENGKRAFT VON 30 KG TNT

NIEMAND SOLL DABEI GETÖTET WERDEN DIE R A P WILL BEWEISEN
DASS SIE WANN UND WO SIE WILL ZUSCHLAGEN KANN! UND DIE MENSCHEN
AN DEN BOMBENKRIEG DER U S IMPERIALISTEN IN VIETNAM ERINNERN

DESHALB WEG VON DEN STRASSEN IN DIE HÄUSER AM 2. JUNI ZWISCHEN
13 und 14 UHR FENSTER ÖFFNEN UND IN DIE KELLER
EINE STUNDE DAS VOLK IN HANOI UND VIELEN ANDEREN STÄDTEN
DORT MUSS DAS JEDEN TAG VIELE STUNDEN LANG UND STIRBT TROTZDEM

Drohungen an die Stuttgarter

In einem zusammengeschnittenen und teilweise mit Schreibmaschine geschriebenen Brief droht die Baader-Meinhof-Bande, die sich selbst „Rote Armee Fraktion“ nennt, in Stuttgart drei Bomben hochgehen zu lassen. Voller Wortlaut im Lokalteil.

Freitag

Kommt es in Stuttgart zu einem neuen Höhepunkt des Terrors? Findet am kommenden Freitag die Begegnung zwischen dem Verbrechen und der Ordnungsgewalt statt, bei der die Bevölkerung in Deckung geht? Am 2. Juni, dem fünften Jahrestag des Todes von Benno Ohnesorg — er wurde bei einer Schah-Demonstration in Berlin erschossen —, will die Baader-Meinhof-Bande offenbar einige Großstädte in der Bundesrepublik terrorisieren. In Stuttgart sollen drei Bomben explodieren. Einerlei, ob die Bande ihre Sprengsätze wirklich zündet oder nicht, der Erfolg ist ihr gewiß. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen übertreibt sie nicht, wenn sie in ihrem Flugblatt kühl behauptet, sie könne heute jederzeit und überall zuschlagen.

Den Einwohnern von Stuttgart gibt die „Rote Armee Fraktion“ den Rat, am Freitag zwischen 13 und 14 Uhr von den Straßen zu verschwinden und in die Keller zu gehen. Als gehe es ihr um das Schicksal unschuldiger Menschen! Vielmehr ist auch dieser Ratschlag Bestandteil des Terrors. Angst und Schrecken sollen sich in dieser Stadt verbreiten, wie im Krieg, als die Gestapo herrschte und Bomben fielen. Diesen Zustand der Ohnmacht gegenüber dem Terror will die Bande wieder herstellen. Sie will „High noon“ proben: Ein Uhr mittags, leergefegte Straßen, Hilflosigkeit. Jedermann soll sehen, wer das Sagen hat.

Nach dieser Eskalation darf nun nicht mehr nur von Besonnenheit die Rede sein, nicht nur beschwichtigt werden. Die Demokratie sitzt zwar nicht auf dem Pulverfaß. Doch die Bomben müssen wachrütteln, bevor sie explodieren. Mit der Verharmlosung der Baader-Meinhof-Bande muß es endgültig ein Ende haben. Wohin die Gelassenheit geführt hat, sehen wir jetzt.



Zeitungsausschnittbüro
Hermes 53 Bonn, Weberstr. 92
 Tel. 22 68 22

26. Mai 1972

Frankfurter Allgemeine Nr. 120

711

1902

Neue Bombenattentate angedroht Beratung mit Brandt über die Fahndung

Erste Hinweise für die Heidelberger Polizei / Genscher: Ein Anarchistenkreis von etwa sechzig Personen

scho. BONN, 25. Mai. Sofort nach der Rückkehr von seinem Staatsbesuch in Österreich will sich Bundeskanzler Brandt an diesem Freitag über den Stand der Fahndung nach den Attentätern von Frankfurt, Augsburg, München, Karlsruhe, Hamburg und nun auch Heidelberg unterrichten lassen. An der Konferenz im Kanzleramt werden neben Bundesinnenminister Genscher als Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Hamburger Innenminister Senator Ruhnau, der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz und Präsident Herold vom Bundeskriminalamt teilnehmen. Bundesinnenminister Genscher hat bereits am Donnerstag laufend mit den zuständigen Beamten der Ermittlungsbehörden konferiert.

Im Heidelberger Hauptquartier der amerikanischen Armee in Europa sind nach dem Bombenattentat, bei dem am Mittwochabend drei amerikanische Soldaten getötet und fünf Militärangehörige verletzt wurden, die Sicherheitsmaßnahmen drastisch verschärft worden. Die Fahndung nach den Tätern hat bisher noch nicht zu konkreten Erfolgen geführt, doch gab ein Sprecher der Polizei in Heidelberg am Donnerstag bekannt, man sei auf „vielversprechende

Hinweise“ gestoßen, die zur Verhaftung der Täter führen könnten.

Der Heidelberger Bombenanschlag hat eine Welle anonymer Bombendrohungen ausgelöst. In Wiesbaden mußte wegen angeblich in der Gepäckaufbewahrung verborgener Sprengsätze vorübergehend der Hauptbahnhof geschlossen werden. Zeitweise geräumt wurde der Gebäudekomplex der Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden, da dort ebenfalls Bombendrohungen eingegangen waren. Weitere Drohungen erhielten Firmen im Gebiet von Frankfurt. In Köln wurde ein Mann festgenommen, der zugab, insgesamt rund 30 Bombendrohungen anonym verbreitet zu haben. Er wurde von der Polizei als Psychopath bezeichnet.

Einen anonymen Brief, in dem für den 2. Juni „weitere Aktionen in den Metropolen der Bundesrepublik“ angedroht werden, hat am Donnerstag die „Frankfurter Rundschau“ mit der Post erhalten. Der aus ausgeschnittenen Buchstaben zusammengesetzte Brief ist mit „RAF Frankfurt, Kommando Thomas Weißbecker“ unterzeichnet. RAF bedeutet Rote Armee Fraktion. Im Text heißt es: „Der bewaffnete Kampf hat begonnen, kein Ausbeuter wird ungestraft bleiben! Wir werden den Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus bis zur endgültigen Befreiung des Proletariats unterstützen.“ Der Name Weißbecker ist so falsch geschrie-

ben wie in dem Brief vom 18. Mai an die Deutsche Presse-Agentur, in dem diese Gruppe die Verantwortung für die Attentate in Augsburg und München übernommen hatte.

Die psychologische Auswirkung der Bombenanschläge auf die deutsche Bevölkerung wird von der Bundesregierung sehr ernst genommen. Offenbar haben alle Fahndungsmaßnahmen nach den Tätern der Bombenanschläge in den genannten Städten bis zum Donnerstag keine greifbaren Erfolge erzielt. Der Innenausschuß des Bundestages hat am Mittwochabend in einer fast vierstündigen Sondersitzung Berichte des Bundeskriminalamtes über den Stand der Ermittlungen entgegengenommen. Die Ausschußmitglieder waren nach der Sitzung zu strikter Vertraulichkeit über deren Inhalt angehalten worden. Ein Ausschußmitglied wertete die Unterrichtung mit dem Hinweis, daß sie nichts Sensationelles erbracht und nichts darüber hinaus ergeben habe, was man nicht schon vorher gewußt oder zumindest geahnt habe. Dies entspricht auch der Bemerkung eines Karlsruher Bundesanwalts, der erläutert haben soll, daß, soweit es die Verfahren bei der Bundesanwaltschaft angehe (bei ihr liegt alles an Verfahren, was mit dem Kern der Baader-Meinhof-Gruppe zu tun hat), die bisherigen Fahndungsergebnisse so gut wie nichts erbracht hätten. (Fortsetzung Seite 5.)

VAG 02 FORTSETZUNG VON SEITE 1

Neue Bombenattentate angedroht

Bundesinnenminister Genscher hatte im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg erklärt, bei den Anarchisten habe man es mit einem Kreis von sechzig Verdächtigen zu tun, deren Namen offenbar auch bekannt sind. Ein Teil davon befinde sich in Untersuchungshaft, während fünfzehn, gegen die Haftbefehle bestehen, in Freiheit seien.

Von zwei Seiten gab es am Donnerstag Stellungnahmen auf die Frage, was geschehen solle, wenn die Polizeibehörden mit den nun eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen keinen Erfolg haben sollten. Bundesanwalt Buback, erfolgreicher Ermittlungsleiter nach dem Überfall auf das Bundeswehrdepot in Lebach, vertrat die Auffassung, theoretisch bestehe eine Reihe von allerdings teilweise aufwendigen Möglichkeiten, um der Täter haftbar zu werden. Sie müßten zusammen von den leitenden Kriminalbeamten und den zuständigen Staatsanwaltschaften ausgearbeitet und realisiert werden. Der Bundesanwalt sieht aber zur Zeit die Voraussetzungen dafür, derartige Maßnahmen einzuleiten, noch nicht für gegeben an.

Nach Auskunft der Ermittlungsbehörden gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die Attentäter nach zwei Methoden ihre Anschläge ausführen. Einige treten als Einzeltäter auf, die so gut wie gar keine Spuren hinterlassen. Andere Gruppen nehmen wegen umfangreicher Terroraktionen das Risiko gemeinsamer Aktionen in Kauf. Bei einzelnen Staatsanwälten besteht der Eindruck, daß die verschiedenen Gruppen und auch die Einzeltäter nach ein und demselben

Konzept vorgehen, wie es beispielsweise in der Kampfschrift „Rote Armee Fraktion“ entwickelt worden ist.

Das Bundeskriminalamt hat am Donnerstag an die Bevölkerung appelliert, bei der Aufklärung und Verhinderung von Verbrechen mitzuhelfen, die „von Terroristen begangen wurden oder noch geplant sind“. Der Sprecher der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes, Boeden, sagte in der Tagesschau und in der ZDF-Sendung „Heute“, nur im Zusammenwirken von Bevölkerung und Polizei könnten die Mordanschläge aufgeklärt werden. Tageszeitungen stellte das Bundeskriminalamt den Fahndungsauftrag jedoch nicht zu. Boeden rief die Bevölkerung vor allem zur Mithilfe bei der Fahndung nach den Heidelberger Attentätern auf. Gleichzeitig wiederholte er das Ersuchen, Hinweise zu geben, die auf die Spuren der Bombenhersteller in der Bundesrepublik führen könnten.

Der Sprecher wies nochmals auf die Personen hin, die zu dem Kern der Bader-Meinhof-Bande und den vermutlichen Helfern der Gruppe zählen. Zum Kern der Gruppe gehören nach seinen Angaben folgende Personen, gegen die auch Haftbefehle erlassen worden seien: Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Holger Meins, Jan-Carl Raspe und Ilse Stachowiak. Als deren Gehilfen nannte der Sprecher: Klaus Jünschke, Ronald Augustin, Bernhard Braun, Ralf Reinders, Ingeborg Barz, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Axel Achterath, Katharina Hammer-schmidt, Rosemarie Keser, Siegfried Hausner, Heinz Brockmann und Albert Fichter.

„Ohne Rücksicht auf die politische Linke“

R. BONN, 25. Mai. Zum Sprengstoffanschlag in Heidelberg hat der CDU-Abgeordnete Vogel erklärt, der Kanzler müsse endlich ohne politische Rücksichten auf die Linken in der SPD und der FDP sich mit Entschlossenheit für Sicherheit in unserem Land einsetzen. Vogel schreibt im Deutschland-Union-Dienst, die Bundesregierung habe lange Zeit die Radikalen nur als eine lästige Gruppe angesehen, ohne ihre Gefährlichkeit zu erkennen. Die Amnestie für Demonstrationsdelikte habe zu keiner Befriedung geführt, und die Terroristen schwämmen auf einer Welle von Sympathisanten und Verharmlosern in linksaffizierten Parteiverbänden und in manchen Massenmedien. Vogel erklärt, auch der liberale „Rechtsstaat“ müsse Gesetz und Ordnung durchsetzen können, und der Kanzler müsse in der Öffentlichkeit und vor dem Parlament für Maßnahmen zur inneren Sicherheit eintreten.

Der FDP-Generalsekretär Flach erklärte, es könne keine bessere Welt über die Leichen Unschuldiger hinweg „erbombt“ werden. In einer Atmosphäre der Angst und des Hasses könnten Freiheit und Vernunft niemals gedeihen. Insofern erweise sich jeder, der diese Verbrechen zu rechtfertigen versuche, als ein Antiliberaler.

Der hessische Ministerpräsident Osswald forderte dazu auf, die Probleme der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik vorrangig zu lösen. Dazu sei ohne Rücksicht auf andere parteipolitische Meinungsverschiedenheiten eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland notwendig. Der Ministerpräsident sprach sich von neuem gegen jede Gewaltanwendung und jeden Terror aus.

Die Sorgen und Zweifel der Bürger, ob die Polizei in der Lage sei, die innere Sicherheit zu gewährleisten, sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Innenministers Weyer „nicht einfach abzutun“. eBi der Vereidigung von 1500 Polizeiwachtemeistern erklärte Weyer laut AP am Donnerstag in Bochum, er nehme diese Sorgen ernst. Landtag, Regierung und Polizei würden jedoch weder Verfassungsfeinden noch „revolutionären Systemüberwindern“ das Feld überlassen.

Die Sprengstoffattentate der letzten Wochen, die ständigen Angriffe verfassungsfeindlicher Kräfte auf den Staat und seine Ordnung, ihr „freches und selbstbewußtes“ Auftreten, die steigende Kriminalität und die wachsenden Verkehrsunfallzahlen verunsicherten das Volk, sagte Weyer. Der Polizeihauhalt Nordrhein-Westfalens sei von 558 Millionen Mark im Jahre 1967 um 74 Prozent auf fast eine Milliarde Mark in diesem Jahr gestiegen. Wichtiger aber als der Kampf um große Zahlen sei der Geist der Polizei, mit dem sie ihre Aufgabe erfülle.

Zum Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder über die Beschäftigung von Rechts- und Linksradikalen im öffentlichen Dienst erklärte Weyer, wer den freiheitlichen und demokratischen Staat und seine Grundordnung beseitigen wolle, dürfe nicht Staatsdiener sein. Deshalb sei im öffentlichen Dienst, besonders bei der Polizei, kein Platz für solche Kräfte. Der innere Frieden könne nur dann aufrechterhalten werden, wenn nicht der Einzelne oder eine Gruppe unkontrolliert, sondern nur der Staat nach Recht und Gesetz durch Polizei und Justiz seine Machtmittel anwenden dürfe, meinte Weyer.

XII

Rheinische Post
Düsseldorf (Auf 1. G 321,3)

Fahndung nach Bombenlegern auf Hochtouren

Polizei: Jetzt muß jeder mithelfen

Fernsehen zeigt Komplizen der Baader-Bande

7 353
Lfd. Nr. Nachrichtendienst

Bonn/Heidelberg — Das Bundeskriminalamt (BKA) hat die Fahndung nach den Bombenlegern in der Bundesrepublik erheblich verschärft. Über die Fernsehkanäle appellierte das Amt an die Bevölkerung, die Polizei zu unterstützen und nannte Namen von Mitgliedern und

Helfern der Baader-Meinhof-Bande. Wenige Stunden, nachdem in Heidelberg drei US-Soldaten durch einen Sprengstoffanschlag getötet wurden, explodierten in zwei amerikanischen Gebäuden in Paris zwei Bomben. Gleichzeitig kam es zu einer Fülle neuer Attentatsandrohungen.

Hundertschaften der Polizei suchten gestern den ganzen Tag über in Heidelberg auf dem Gelände des Hauptquartiers der amerikanischen Truppen in Europa nach Spuren des Attentats vom Mittwoch. Bei dem Anschlag waren der 29jährige Hauptmann Bonner, der 26jährige Soldat Woodward und dessen 23-jähriger Kamerad Peck ums Leben gekommen. Alle drei waren verheiratet, Bonner hinterläßt zwei, Woodward drei Kinder. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei waren die Sprengsätze mit zwei gestohlenen Autos auf das Gelände des Hauptquartiers gebracht worden. Dabei handelt es sich um einen in der Nacht zum 10. Mai in Bensberg bei Köln entwendeten Ford 17 M, Bj. 1970 mit dem polizeilichen Kennzeichen CL — CW 145, und einen am 21. Mai in Mannheim gestohle-

Fahndungsfotos auf der Seite

POLITISCHE UMSCHAU

nen VW 1302 S mit dem polizeilichen Kennzeichen MA — ES 271. Am Tatort trugen beide Fahrzeuge amerikanische Kennzeichen, die in Neu-Ulm gestohlen worden waren.

Den Ford soll zeitweise eine etwa 25 bis 30 Jahre alte Frau gefahren haben. Sie ist nach Angaben der Polizei 1,75 Meter groß, schlank, hat braunes gewelltes Haar und helle Gesichtsfarbe. Sie soll eine Brille mit einem Goldmetallgestell in eckiger Form getragen haben. Die nach dem Attentat überprüften Deutschen wurden nach kurzer Zeit freigelassen.

Bei dem Anschlag war außerdem erheblicher Sachschaden entstanden. Die erste Detonation riß in die Wand eines 50 Meter entfernten Gebäudes ein metergroßes Loch. Ein Benzintank wurde fast zwei Kilometer weit durch die Luft geschleudert und fiel auf eine belebte Straße. 24 Autos wurden demoliert.

Der Behauptung amerikanischer Dienststellen, zur Sicherheit des Hauptquartiers seien alle nur denkbaren Vorkehrungen getroffen worden, wurde von deutschen Angestellten heftig widersprochen. So seien Zivilfahrzeuge fast nie genauer untersucht worden. Die Ausweiskontrolle sei ebenfalls ungenau gewesen. Eine Anfrage einer Angestellten beim Betriebsrat sei einen Tag vor dem Attentat so beantwortet worden, daß die Vorkehrungen auf den Objekt- und nicht auf den Subjektschutz ausgerichtet seien. „Ich habe keine Lust, als Subjekt für den Vietnamkrieg in die Luft gejagt zu werden“, kommentierte die Angestellte in einem Rundfunkinterview. Inzwischen ist das Hauptquartier hermetisch abgeriegelt. Selbst die Telefonzellen in der näheren Umgebung werden von

(Fortsetzung auf Seite 2)

Jeder muß mithelfen

(Fortsetzung von Seite 1)

amerikanischen Soldaten im Kampfanzug und Stahlhelmen bewacht.

Wenige Stunden nach dem Heidelberger Anschlag wurden das amerikanische Konsulat in Paris und das Haus des US-Frontkämpferverbandes „American Legion“ in Paris von Bomben beschädigt. Bei der amerikanischen Fluggesellschaft PAN AM wurde ebenfalls ein Sprengkörper entdeckt. Die Verantwortung für die Anschläge übernahm ein „Koordinierungsausschuß“, der damit gegen den Vietnam-Krieg protestieren wollte.

In Frankfurt, wo am 11. Mai ein US-Oberstleutnant durch ein Attentat getötet worden war, kündigte gestern ein „Frankfurter Kommando Thomas Weisbecker“ der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) für den 2. Juni neue Attentate in den „Metropolen der Bundesrepublik“ an. Thomas Weisbecker war am 2. März in Augsburg bei einer Fahndung nach Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande, die sich „Rote Armee Fraktion“ nennt, erschossen worden. Die Drohung des „Kommandos“ war der „Frankfurter Rund-

schau“ in einem anonymen Brief übergeben worden. Außerdem kam es in vielen Städten zu neuen anonymen Drohungen. So mußte unter anderem der Heidelberger Hauptbahnhof zeitweise geräumt werden.

Das Bundeskriminalamt bat gestern um Hinweise auf Mitglieder und Helfer der Baader-Meinhof-Bande. Nach Darstellung des Amtes gehören zum Kern der Bande: Ulrike Meinhof (geb. 7. 10. 1934), Andreas Baader (6. 5. 1943), Gudrun Ensslin (15. 8. 1940), Holger Meins (26. 10. 1941), Jan-Carl Raspe (27. 4. 1944) und Ilse Stachowiak (17. 5. 1954). Als Gehilfen der Bande wurden genannt: Klaus Jünschke (6. 9. 1947), Ronald Augustin (20. 11. 1949), Bernhard Braun (25. 2. 1946), Ralf Reinders (27. 8. 1948), Ingeborg Barz (2. 7. 1948), Irmgard Möller (13. 5. 1947), Brigitte Mohnhaupt (24. 6. 1949), Axel Achterath (15. 4. 1935), Katharina Hammerschmidt (14. 12. 1943), Rosemarie Keser (24. 8. 1947), Siegfried Hausner (24. 1. 1942), Heinz Brockmann (1. 3. 1948) und Albert Fichter (18. 12. 1944).

Die „Eskalation“ der Attentate wird heute von Bundeskanzler Brandt, Bundesinnenminister Genscher und dem Vorsitzenden der Konferenz der Länderinnenminister, dem Hamburger Senator Ruhnau, erörtert. Zahlreiche Politiker forderten ein gemeinsames Vorgehen aller Parteien gegen den „Bombenterror“. Während Ruhnau vor einem „sinnlosen Wettlauf der Parteien im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit“ warnte, erneuerte der CDU-Rechtsexperte Vogel seine Vorwürfe gegen die Bundesregierung, die sich im Kampf gegen den Linksradikalismus „schwere Versäumnisse“ vorwerfen müsse. Demgegenüber erklärte der Duisburger Polizeipräsident Jürgensen, die Täter, die in den letzten Wochen in der Bundesrepublik Sprengstoffanschläge verübt haben, dürften nicht nur in linksradikalen Kreisen gesucht werden. Man sollte nicht vergessen, sagte er, daß politische Terror- und Gewaltakte in Deutschland überwiegend von rechts ausgegangen seien.



Hermes

Zeitungsausschnittbüro

53 Bonn, Weberstr. 92
Tel. 637203

Die Welt. Essen

3. März 1972

1902

Bei Fahndung nach anarchistischen Gewalttättern

Mutmaßliches Mitglied der Baader-Bande erschossen

Nachrichtendienst der WELT

Augsburg, 2. März

Bei der Fahndung nach anarchistischen Gewalttättern ist am Donnerstag in Augsburg der 23 Jahre alte Thomas Weisbecker von einem Polizeibeamten erschossen worden. Weisbecker gehört vermutlich zum Kreis der Baader/Meinhof-Bande. Eine noch nicht identifizierte junge Frau, die sich in seiner Begleitung befand, wurde verhaftet.

Wie das Landeskriminalamt in München mitteilt, hatte die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes im Rahmen der Fahndung nach anarchistischen Gewalttättern schon seit mehreren Wochen ein Haus in der Augsburger Innenstadt observiert, in dem eine junge Frau eine Wohnung gemietet hatte, die möglicherweise zur Baader/Meinhof-Bande gehörte.

Am Donnerstag beobachteten die Beamten, wie die junge Frau in Begleitung von Thomas Weisbecker das Haus verließ und in einen Personenwagen vom Typ Audi mit gefälschtem Kennzeichen stieg. Als Beamte der Sonderkommission die Papiere kontrollieren wollten, griff Weisbecker trotz Warnung zu einer unter der Jacke verborgenen großkalibrigen Pistole. Der Beamte, der vor kurzem eine Spezialausbildung im „kampfmäßigen Schießen“ absolviert hatte, war schneller und streckte ihn mit einem Schuß nieder. Thomas Weisbecker, Sohn des renommierten Medizin-Professors Ludwig Weisbecker, starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Die junge Frau, die ebenfalls zur Waffe griff und nur nach „erheblichem Widerstand“ überwältigt werden konnte, trug einen größeren Betrag in gebünd-

elten 1000-Mark-Scheinen bei sich. Nach Angaben von Bundesanwalt Felix Kaul handelt es sich bei der Festgenommenen nicht um Ulrike Meinhof oder Gudrun Enßlin.

Gegen Weisbecker lag ein Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt sowie schwerer Brandstiftung vor. Der in Freiburg geborene Weisbecker hatte bei Brandanschlägen auf das Berliner Amerikahaus von sich reden gemacht. Am 8. Juli 1971 verhalf er dem im Dezember vergangenen Jahres ebenfalls erschossenen Georg von Rauch zur Flucht aus dem Moabiter Kriminalgericht. Weisbecker, der in seiner äußeren Erscheinung von Rauch sehr ähnlich sieht, hatte sich auf die Anklagebank gesetzt, so daß das Verschwinden von Rauchs aus dem Gerichtssaal zu spät bemerkt wurde.

Ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums erklärte, Weisbecker sei offensichtlich entschlossen gewesen, zu schießen. „Wäre der Polizeibeamte weniger sicher im Umgang mit der Waffe und weniger gut im Schießen ausgebildet gewesen, so würde er jetzt nicht mehr leben.“

Pressefoto

04 03 72

NRZ, Köln (26,7/66)

Das letzte Gefecht

Alle Mahnungen zur Menschlichkeit wurden in den Wind gesprochen. Alle wohlmeinenden Appelle, den sinnlosen Kampf aufzugeben, trafen auf taube Ohren. Die Gruppe fanatischer Wirrköpfe, die mit Andreas Baader und Ulrike Meinhof in den Untergrund ging, erweist sich als ungeeigneter Adressat für humanitäre Aufrufe. Ihr Handeln wird längst nicht mehr von Vernunft geleitet oder gar von falsch verstandenem sozialem Engagement, sondern von blindem Haß auf den „Bullen“-Staat und von Angst um die eigene Haut.

Wer mag angesichts der Schießereien in Augsburg und Hamburg noch von Gnade sprechen? Wer findet noch Gefallen an betulichen Wortklaubereien darüber, ob es sich hier um einen Kreis, eine Gruppe oder nur eine Bande handelt? Die Dummdumgeschosse im Patronengurt des Manfred Grashof sprechen für sich: Wer Geschosse verwendet, die derart fürchterliche Wunden reißen, dem geht es nicht um „Notwehr“ (wie manche radikale Linke uns noch immer einreden wollen), dem geht es auch nicht um Entkommen. Hier offenbart sich vielmehr eine geradezu sadistische Lust an Brutalität.

Die kaum faßbare Skrupellosigkeit macht erneut deutlich: Der Schlüssel zum Verständnis dieser hoffnungslosen Fanatiker liegt nicht im Politischen, sondern im Psychopathologischen. Das macht dieses verlorene Häuflein, das längst zum Verräter an allen sozialistischen Idealen wurde, um so gefährlicher. Und das macht den Mut der Polizeibeamten, die zu ihrer Verhaftung abgeordnet werden, um so bewundernswerter.

Das Hamburger Blutbad läßt befürchten, daß sich der sogenannte „harte Kern“ der Gruppe nicht kampflos ergeben wird. Sie ist zum letzten Gefecht angetreten. Wer ihr noch Unterschlupf gewährt, riskiert sein eigenes Leben und das Unbeteiligter.

Die Bande fühlt, daß sie in die Enge getrieben ist. Die Polizei beschattet alle ihr bekannten Anlaufstellen fast pausenlos. Der Kreis der Überwachten wächst dank großer Ermittlungsfortschritte von Tag zu Tag. Das Ende des Spuks scheint nahe.

Wenn es tatsächlich ein Ende mit Schrecken wird, dann ist es diese Bande, die es so will, nicht aber die Gesellschaft. **Arnd Schwendy**

Hamburger Abendblatt
(Auf 1.331,2)

Die
Bande

Von Erik Verg

Die Hamburger Polizei hat ein Mitglied des engsten Kreises um Baader verhaftet. Der Preis, den sie dafür zahlen mußte, verbietet es, von einem Erfolg zu sprechen.

Wenn es so weitergeht, Auge um Auge, Zahn um Zahn, dann werden noch viele Polizeibeamte Gesundheit oder Leben opfern müssen.

Die Baader-Meinhof-Bande hat unserer Gesellschaft den Krieg erklärt. Den Schießkrieg. Schießen kann man aber nicht auf einen Begriff, nämlich die Gesellschaft. Die Baader-Meinhof-Bande schießt auf (wie Bür-

germeister Schulz es ausdrückte) „Mitbürger, die der Gesellschaft verpflichtet sind, für die Erhaltung unserer Gesetze zu sorgen.“ Sie schießt auf Menschen.

Seit gestern schießt sie mit Dum-Dum-Geschossen. Mit Munition, die selbst im „Krieg“ international geächtet ist und denjenigen, der sie benutzt, zum Kriegsverbrecher macht. Mit Munition, die nicht nur dazu dient, den Gegner kampfunfähig zu machen, sondern ihm besonders schwere, besonders fürchterliche Wunden beizufügen. Die Eskalation von der politischen Gruppe zur Ver-

brecherbande kann nicht mehr gesteigert werden.

Sollen weiter auf beiden Seiten die Opfer gezählt werden? Die Frage richtet sich kaum noch an die Meinhof und ihre Komplizen. Sie scheinen sich jedem Argument der Vernunft und Menschlichkeit verschlossen zu haben. Die Frage kann sich auch nicht an die Polizei richten, die die Opfer bringt und oft wegen der Vergeblichkeit ihrer Einsätze noch obendrein Spott erdulden muß.

Sie kann sich nur an jene richten, die die Verbrecher unterstützen und es damit der Polizei unmöglich machen, dem Spuk ohne Blutvergießen ein Ende zu machen.

Müssen Dum-Dum-Geschosse nicht selbst einem Heinrich Böll die Sprache verschlagen? Das Hamburger Abendblatt ist sehr lange dafür eingetreten, die Leute um Andreas Baader und Ulrike Meinhof eine „Gruppe“ zu nennen. Solange, bis sie sich selbst endgültig für eine solche Bezeichnung disqualifizierte. Wir werden sie fortan nur noch mit dem Namen belegen, den sie sich selbst rücksichtslos erschossen hat: Bande.

Frankfurter Allgemeine, Ausg. D
(Auf l. G 292,0)

Weitere Bombendrohungen beunruhigen die Bundesrepublik

Das Frankfurter Justizgebäude geräumt / Banküberfälle / Genscher berät mit dem Bundeskriminalamt

F.A.Z. FRANKFURT, 16. Mai. Die Unruhe, die in den letzten Tagen durch eine Serie von in Frankfurt, Augsburg, München und Karlsruhe verübten Sprengstoffattentaten ausgelöst worden ist, hat am Dienstag neuen Auftrieb erhalten. Bundesinnenminister Genscher teilte mit, daß ihm weitere ernst zu nehmende Bombendrohungen vorlägen. Der Minister, der an einer Konferenz des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Herold, und der Leiter der Landeskriminalämter in Wiesbaden teilnahm, bezog seine Befürchtungen auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe und das Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Bereits am Dienstagvormittag hatte Genscher mit Herold und dem Chef der Sicherungsgruppe Bonn, Fritsch, die Bedrohung der inneren Sicherheit erörtert. Herold erhielt Anweisung, alle verfügbaren Kräfte zur Ergreifung der Attentäter und zur Abwehr weiterer Sprengstoffanschläge einzusetzen.

In Frankfurt sah sich der Präsident des Oberlandesgerichts, Kissel, genötigt, den gesamten Gebäudekomplex der

Frankfurter Justizbehörden, der Oberlandesgericht, Landgericht und Amtsgericht beherbergt, am frühen Nachmittag räumen zu lassen. Ein großes, im Zentrum gelegenes Kaufhaus, wurde zur gleichen Zeit geschlossen. Der Grund für diese aufsehenerregenden Maßnahmen waren Mitteilungen der Frankfurter Polizei. Sie hatte „konkrete Hinweise“ dafür erhalten, daß in beiden Gebäudekomplexen Bomben gelegt worden sein sollten. Diese Hinweise erwiesen sich später jedoch als falsch. Auch in einer Frankfurter Bank sollte, denselben Hinweisen zufolge, ein Sprengstoffpaket versteckt worden sein, was, wie sich alsbald herausstellte, ebenfalls unzutreffend war. Dennoch fielen am Abend sämtliche Vorstellungen der Städtischen Bühnen in Frankfurt aus, weil der Polizei in einem anonymen Telefonanruf mitgeteilt worden war, im Schauspielhaus sei ein Sprengkörper verborgen.

Grund zur Besorgnis gab auch die Tatsache, daß in der Nacht zum Dienstag Unbekannte von 29 Kraftfahrzeugen in Frankfurt die Kennzeichen gestohlen hatten. In der Nacht zum Montag waren bereits die Kennzeichen von 12 Autos in der Stadt abmontiert worden. Das Kennzeichen eines in Frankfurt gemeldeten Pkw benutzten

die vier Bankräuber, die am Dienstag in Ludwigshafen in die Filiale der Bank für Gemeinwirtschaft eindrangen und mit einem Betrag von 200 000 bis 2 6 000 Mark unerkannt entkamen. Sie benutzten zur Flucht einen Pkw der Marke Peugeot. Er trug das vermutlich nachgemachte Kennzeichen eines Frankfurter VW 1200. In München überfielen am gleichen Tag zwei maskierte und ebenfalls bewaffnete Räuber eine Filiale der Bayerischen Vereinsbank. Sie entkamen mit 100 000 Mark. Vermutungen, die Überfälle könnten von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe verübt worden sein, konnten bisher durch konkrete Anhaltspunkte nicht bestätigt werden. Auch der dringende Verdacht, daß die Baader-Meinhof-Gruppe oder mit ihr zusammenarbeitende Verbrecher die Sprengstoffanschläge zu verantworten haben, ließ sich trotz genauer Spurensicherung und intensiver Fahndungsmaßnahmen der Polizei bisher nicht erhärten.

Die Konferenz, zu der Präsident Herold die Leiter der Landeskriminalämter am Dienstag nach Wiesbaden gerufen hatte, befaßte sich mit Einzelheiten einer seit Montag abend auf Anordnung des Bundesinnenministers laufenden Großfahndung nach den Sprengstoffattentätern. (Fortsetzung Seite 7.)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Bombendrohungen

Nach der Erklärung des Bundesinnenministers richteten sich die Bombenanschläge von Frankfurt, Augsburg, München und Karlsruhe gegen Einrichtungen der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik. Die Attentäter zielten darauf ab, die Funktionsfähigkeit dieses freiheitlichen Staates mit den Mitteln des Terrors und der Gewalt zu beeinträchtigen. Welche Motive die Täter auch immer hätten, für diese Terrorakte gebe es keinerlei Legitimation, betonte Genscher. Er verwies darauf, daß derjenige, der den Gewalttätern Unterstützung oder Unterschlupf gewähre, sich mitschuldig mache. Die Bundesregierung sei verpflichtet, mit den Mitteln des Rechtsstaates eben diese Rechtsstaatlichkeit, Rechtssicherheit und den Freiheitsraum des einzelnen zu gewährleisten. Bundesregierung und Länderregierungen seien dazu entschlossen.

Der Minister bat den Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages, den SPD-Abgeordneten Schäfer, dem Innenausschuß über den Stand der Ermittlungen gegen die Attentäter berichten zu können. Schäfer rief daraufhin den Ausschuß ein. Er trat noch am späten Dienstagabend zusammen.

Der SPD-Pressedienst hat am Dienstag darauf verwiesen, daß die Bombenanschläge mit politischen Motiven nicht gerechtfertigt werden könnten. Sie seien das Werk kranker Phantasten. Bei uns herrschten nicht solche das Gewissen herausfordernde Zustände wie in vielen Staaten Lateinamerikas. Innenpolitisch, so wird betont, leisteten die äußersten, in den Anarchismus abgesunkenen Lin-

ken Vorschub für die äußerste Rechte und deren Anhang, denn Terror erzeugt Gegenterror.

Zu den Gewalttätigkeiten bemerkte der Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises, solche Aktionen würden auf dem Boden eines um sich greifenden Radikalismus gedeihen, für den sich die Grenze zwischen Demonstration und krimineller Gewalttätigkeit längst verwischt hätte. Verrat von Polizeiaktionen gegen kriminelle Banden und Solidarisierung von Demonstranten mit den Attentätern ergänzten das Bild. Nur äußerste Entschiedenheit im Handeln bei den für die Sicherheit Verantwortlichen könnten uns vor dem Versinken in Zustände von Terror, Unsicherheit und Angst bewahren.

Die Beamten, die mit der Aufklärung des Sprengstoffanschlags gegen Bundesrichter Buddenberg beauftragt sind, haben mitgeteilt, daß sie zwei „besonders beachtenswerte Spuren“ verfolgen. Einer Frau fielen unmittelbar vor der Explosion der Bombe im Privatwagen Buddenbergs am Montag zwei junge Männer auf. Sie hatten nach Aussage der Frau die Defonation aus sicherer Entfernung beobachtet und waren danach eilig zu einem nahegelegenen Parkplatz geeilt. Buddenberg, der die Ermittlungen um die Baader-Meinhof-Gruppe führt, hat der Mitteilung zufolge erklärt, am Sonntagabend sei zweimal an seiner Wohnungstür geklingelt worden, ohne daß sich draußen jemand zu erkennen gegeben habe. Das Befinden von Frau Buddenberg, die beim Anlassen des Wagens die Explosion auslöste und Verletzungen an den Beinen und am rechten Arm erlitt, ist nach Polizeiangaben nicht besorgniserregend.

Kann uns die Polizei vor gelenktem Terror schützen?

Die Amerikaner sind entsetzt über das Attentat von Frankfurt / Von Robert Held

Solange nicht der Beweis erbracht ist, sträuben wir uns, ohne weiteres den Anschlag in Frankfurt mit Anti-Vietnam-Protesten der deutschen Jugend in Zusammenhang zu bringen. Diese Proteste sind ärgerlich genug, zumal da kein Mann der Regierung es auf sich nimmt, zu sagen, daß die Minen an der Zonengrenze immer noch viel protestwürdiger sind als die Minen vor Hai-phong. Aber von da bis zur Anwendung so schrecklicher Gewalt in einem blindwütigen Attentat vor einem Gebäude, in dem auch zivile Familien verkehren, ist ein weiter Weg. Es wäre jedoch keine Überraschung mehr, wenn sich doch herausstellen sollte, daß nun ferngelenkte Professionelle des Terrors umgehen, den humanitären und politischen Idealismus unserer Jugend, aber auch das Machtstreben unserer linksradikalen Berufsjugendlichen für wohlgeplante Operationen einzuspannen.

Das Banalste ist manchmal das Wahrste. Das Wort Kettenreaktion selbst ist schon fast eine Platitude. Aber das räumt nicht die Möglichkeit aus der Welt, daß ein einziges Attentat den Lauf der Weltpolitik nachhaltig beeinflusst. Die Amerikaner in Deutschland scheinen über die Maßen empfindlich auf diese neueste Erfahrung reagiert zu haben. Einige Wiederholungen solcher Akte würden zweifellos militärische und politische Folgen haben, denen gegenüber auch die Einsicht kluger Diplomaten machtlos wäre. Verringerung der Streitkräfte und Erhöhung des Preises ihrer Anwesenheit (man könnte mehr Sicherheit für sie verlangen) ist das mindeste, das sich als drohende Folgereaktion bereits erken-

nen läßt. Das deutsche Publikum ist nicht gut genug darüber unterrichtet, wie schwerwiegend das Ereignis ist; auffallenderweise auch vom Fernsehen nicht, das sonst aus jedem Ghetto der Welt die neuesten Gefühlsreaktionen bringt.

Keine Reserve

Das Problem der inneren Sicherheit, von der amtierenden Regierung (wenn auch nicht von ihrem Innenminister) eher als lästig empfunden, wird nun akut. Der Bundeskanzler hat den Tag vor dem Abend gelobt, als er im Bundestag sagte, es sei jetzt doch ruhiger als vor vier Jahren, als noch andere regierten. Ist wirklich vorgesorgt? Wir haben noch nicht Sorbonne 1968, Quebec 1970, Belfast 1972 durchexerziert. Wer Stadtguerillataktik in den ausländischen Großstädten beobachtet, weiß, daß unsere gewöhnliche Polizei auch nur einem Stück solcher Aufgaben nicht gewachsen wäre. Sie wäre mit verhältnismäßig geringen Mitteln von den Terroristen in eine Lage zu versetzen, in der sie, überfordert, überlastet, übermüdet, überreizt, zu Fehlleistungen neigen würde. Was unsere zum Teil gar nicht mehr vorhandenen Breitenschaftspolizeien in solchem Zusammenhang wert wären, darüber bestehen Zweifel. Für den Bundesgrenzschutz liegt der Entwurf eines Gesetzes vor, das ihn auch für innere Bedrohungen verfügbar machen würde; doch erstens wird dieses Projekt heiß umstritten sein, und zweitens ist mit einem Gesetz allein noch nicht gesichert, daß der Bundesgrenzschutz auch der Aufgabe gewachsen wäre. Auf die Bundeswehr zurückzugreifen bedeutete bei unseren Verhältnissen und bei dem Zustand dieser

Armee schon fast das Ende der deutschen Demokratie: nur Elite-Einheiten von längerdienenden Berufssoldaten sind der Nervosität des Stadtguerillakampfes (und der Versuchung, unnötig selbst gewalttätig zu werden) einigermaßen gewachsen.

Es wäre besser, solche Entwicklungen bereits in einem Stadium zu stoppen, in dem unsere Polizei der Aufgabe noch Herr werden kann. Allzu lange hat man — um das führende Beispiel Frankfurt zu nennen — es zugelassen, daß die Polizei nicht nur als „Bullen“ beschimpft, sondern auch so geführt wurde, als nicht ganz zurechnungsfähige Dienstleistende, denen hinterdrein weder die höhere Exekutive noch die Justiz immer die volle Deckung zu geben geneigt ist. Daß die Polizisten nicht mit allen heutigen Aufgaben fertig werden können, ist sicher. Man sollte sie besser stellen, dafür aber auch mehr Training und Haltung von ihnen verlangen. Der unsportliche Beamte mit Bauch ist nicht der Typ einer modernen Großstadtpolizei, die es über Nacht mit Guerilla-Banden zu tun bekommen kann. Die Polizei sollte aus ihrer gesicherten Stellung und dem Gefühl, gut getrimmt für ihre Aufgaben zu sein, die Nerven und die Ruhe haben, gelassen und energisch zu handeln. Ist das alles so sicher bei uns?

In Montreal hat vor Jahren die (inzwischen hochbezahlte) Polizei durch einen Streik gezeigt, daß ohne sie über Nacht Chaos und Unterweltterror ausbrechen. Alte Demokratien wie Frankreich und England sind Polizeistaaten im Vergleich zu uns — besonders Frankreich, das ganze Polizeiarmeen auf die Beine bringen kann. Bei uns



Zeitungsausschnittbüro
Heemes 53 Bonn, Weberstr. 92
Tel. 22 68 22

Wiesbadener Kurier

19. Mai 1972

WIESBADENER KURIER

EDUARD ZIMMERMANN

1902

Alarm an der Sprengstoff-Front

Eduard Zimmermann, bekannt durch seine Sendungen „Aktenzeichen XY... ungelöst“ und „Vorwahl, Falle!“ im Zweiten Deutschen Fernsehen, nimmt im WIESBADENER KURIER in loser Folge Stellung zu aktuellen Fragen der Rechtspolitik. Die Meinung des Autors deckt sich nicht in jedem Fall mit der Ansicht der Redaktion. Nachstehend veröffentlichen wir einen weiteren Beitrag von Eduard Zimmermann:



Zimmermann

Die Bombenexplosionen von Frankfurt, Augsburg und München kamen für die Experten in den politischen Kommissariaten der Polizei nicht so überraschend wie man nach den Schlagzeilen der vergangenen Terror-Woche vermuten müßte. Seit Monaten haben sie mit wachsendem Unbehagen die steigende Zahl der Sprengstoffdiebstähle in Deutschland registriert. Lediglich die Sorge, eine unbegründete Panik heraufzubeschwören, hat sie davon abgehalten, mit Alarmmeldungen an die Öffentlichkeit zu treten.

In aller Stille wurde sehr intensiv ermittelt, bisher allerdings ohne durchschlagenden Erfolg — und was die Beamten am meisten beunruhigte, war dabei nicht die nackte Zahl der zunehmenden Sprengstoffdiebstähle, sondern die veränderte Qualität dieser Straftaten: Während in früheren Jahren oft kleinere Mengen aus Baubuden und Steinbrüchen entwendet wurden, häuften sich seit Anfang dieses Jahres die Fälle, in denen der gefährliche Sprengstoff gleich zentnerweise gestohlen wurde. So drangen zum Beispiel im Februar unbekannte Täter in einen

Sprengstoffbunker eines Bergbauunternehmens in Niederbayern ein. Fachmännisch brachen sie mehrere Stahl-türen auf und entwendeten 47 kg Sprengstoff der Marke Ammon-Gelit sowie eine große Zahl dazugehöriger Zünder. Kurz darauf, im März, wurden im Munitionsbunker einer Steinbruchgesellschaft bei Koblenz nicht weniger als fünf Stahl-türen aufgeschweißt und 90 kg Sprengstoff — wieder mit Zubehör — gestohlen. Wiederum drei Wochen später erbeuteten unbekannte Täter bei einer Baufirma in der Nähe von Detmold 50 kg Nitrat-Sprengstoff und 700 Zündkapseln. Auch sie hatten vorher mit dem Schweißbrenner die Stahl-türen des Bunkers aufgeschnitten.

*

Es gab zunächst nur wenig Anhaltspunkte, wofür diese großen Mengen von Sprengstoff bestimmt sein könnten. Die Ermittlungen gingen in drei Richtungen:

■ professionelle Geldschrankknacker — denn es hat sich in dieser Gilde in neuester Zeit eingebürgert, Tresore nicht mehr aufzuschneiden, sondern aufzusprengen. Für diesen „Kundenkreis“ aber war die Menge des gestohlenen Sprengstoffs eigentlich zu groß.

■ Ausländische Extremisten, die mit ihren eigenen Regierungen oder mit Nachbarländern im Kriegszustand leben und in letzter Zeit durch vielfältige Attentate und Attentatsversuche hervorgetreten sind.

■ Deutsche, linksextreme Terroristengruppen, die in der Bundesrepublik den Guerilla-Krieg entfachen wollen. Diese Vermutung hat seit den Anschlüssen der letzten Woche zusätzliche Nahrung bekommen — noch zumal inzwischen bekannt ist, daß diese Gruppen in wachsendem Maße mit Berufsverbrechern zusammenarbeiten, die auch verstehen, mit dem Schweißgerät umzugehen.

Welche der drei Vermutungen nun auch immer zutreffen mag — der Diebstahl von mehreren Zentnern Sprengstoff innerhalb weniger Wochen läßt auf schwerwiegende verbrecherische Absichten schließen. Man sollte deshalb endlich über zwei Faktoren nachdenken, die solche Diebstähle außerordentlich begünstigen.

Zum einen die Lage der Sprengstoffdepots. Um bei Unglücksfällen nicht unnötig Menschen zu gefährden, müssen sie nach den einschlägigen Sicherheitsvorschriften möglichst in einsamen Gegenden, weit außerhalb der Wohnbereiche, angelegt werden. Diese Vorschriften sind sicher richtig, aber sie erleichtern Einbrechern natürlich das Handwerk. Deshalb muß von Firmen, die größere Mengen Sprengstoff lagern, verlangt werden, daß sie ihre Depots mit zuverlässigen Alarmanlagen oder anderen gleichwertigen Diebstahlssicherungen ausrüsten.

Der zweite Faktor, der die Diebstähle begünstigt, hängt mit der sogenannten „Entpolizeilichung“ zusammen, die in den ersten Nachkriegsjahren allenthalben betrieben wurde. Damals wurden viele staatliche Aufgaben — auch die Überwachung des gesamten zivilen Sprengstoffwesens — aus der Zuständigkeit der Polizei auf andere Behörden, meist die Ordnungs- oder Gewerbeämter, übertragen. Mit ziemlicher Sicherheit dürfte also feststehen, daß der Terror der letzten Woche unter anderem auch eine Quittung für diese „Entpolizeilichung“ und ihre Folgen ist. Vielleicht erst der Anfang einer Quittung: Fast vier Zentner Sprengstoff sind in den ersten Monaten dieses Jahres allein bei den erwähnten großen Einbrüchen gestohlen worden. In Frankfurt, Augsburg und München dürften insgesamt höchstens 20 kg detoniert sein.

Presse-Mitteilung

19.05.72

XIII

Der Abend, Berlin
(Aufl. 80,0)

Polizei schützt Flughäfen

Verstärkte Sicherheitsvorschriften nach neuen Bombendrohungen

Nachrichtendienst „Der Abend“
HAMBURG, 19. Mai

Anonyme Bombendrohungen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik — vor allem gegen Flughäfen und Justizgebäude — lösten gestern scharfe Sicherheitsmaßnahmen aus. In München erklärte sich das „Kommando Thomas Weißbecker“ der „Rote Armee Fraktion“ in einem Brief an die Deutsche Presse-Agentur verantwortlich für die Sprengstoffanschläge in Augsburg und München. Sie wurden als Vergeltungsmaßnahmen für den Tod des mutmaßlichen Baader-Meinhof-Freundes Thomas Weißbecker bezeichnet, der am 2. März in Augsburg durch eine Polizeikugel den Tod gefunden hatte.

Die Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik wurden am Donnerstag scharf bewacht, nachdem das Bundes-

verkehrsministerium die Verantwortlichen von einer Bombendrohung gegen ein Flughafentanklager in Stuttgart unterrichtet hatte. In Bremen wurde das Gelände einer Mineralölraffinerie in die Kontrollen einbezogen. Lediglich für Berlin waren keine verstärkten Sicherheitsvorschriften angeordnet, da sich die Drohungen nach Angaben der Polizei nicht gegen Berliner Flughäfen richteten.

Den Justizgebäuden in Düsseldorf und Köln galten weitere anonyme Drohungen. In beiden Städten wurden die Sitzungen kurzfristig unterbrochen, um die Räume zu durchsuchen. Mehrere Stunden lang mußten die Angestellten des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München ihr Gebäude räumen, weil auch dort ein Anrufer mit einem Anschlag gedroht hatte.

Die Behörden sind fieberhaft um die Verhütung neuer Terrorakte bemüht

Frankfurt: neue Bombenalarme

Justiz stellte Arbeit ein — Kaufhaus mußte geräumt werden — Keine Vorstellungen in den Theatern — Dr. Horst Herold berichtete Innenminister Genscher

NÜRNBERG — Rund 24 Stunden nach dem Karlsruher Attentat auf den Bundesrichter Wolfgang Buddenberg haben die Behörden eine fieberhafte Aktivität zur Ergreifung der Täter und zur Verhütung neuer Terroraktionen entwickelt.

Beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden, das als Zentrale mit der Aufklärung der Anschläge von Augsburg, München und Karlsruhe beauftragt ist, hat man zum Fall Buddenberg 20 Hinweise und zwei besonders beachtenswerte Spuren.

Eine Zeugin berichtete, ihr seien unmittelbar vor der Explosion der Bombe von Karlsruhe zwei junge Männer aufgefallen, die die Detonation aus sicherer Entfernung beobachtet hätten und danach eilig zu einem Parkplatz gegangen seien.

Bundesrichter Buddenberg erklärte inzwischen, am Abend vor der Tat sei gegen 21 Uhr zweimal an seiner Wohnungstür geläutet worden, ohne daß sich draußen jemand zu erkennen gegeben habe. An dem Auto, das inzwischen nach Wiesbaden gebracht wurde, haben Kriminalisten festgestellt, daß die Bombe von außen unter dem Beifahrersitz

befestigt und durch Drähte mit der Zündspitze des Wagens verbunden worden war.

Zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen bei besonders gefährdeten Objekten in Frankfurt haben auch die Polizeibehörden gestern mittag Veranlassung, als in kurzen Abständen immer wieder Bombenalarm gegeben wurde. Um 14.30 Uhr stellte die Frankfurter Justiz auf Anordnung von Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rudolf Kissel ihre Arbeit ein, weil in dem Haus „an mehreren Stellen Sprengkörper detonieren“ sollten. Die Durchsuchung blieb jedoch ergebnislos.

Wenig später gab es in einem Kaufhaus in der Frankfurter Hauptgeschäftsstraße „Zeil“ Bombenalarm. Das gesamte Gebäude wurde geräumt und geschlossen. Um diese Zeit wurden unter Führung der Schutzpolizei mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei im Frankfurter Zentrum zusammengezogen. Auch die Dienststellen und Kasernen der Amerikaner wurden besonders bewacht.

Am Abend mußten in der Frankfurter Oper, im Schauspielhaus und in den Kammerspielen die Vorstellungen abgesetzt werden, weil

auch dort Bombenwarnungen eingegangen waren. Sofort eingeleitete Untersuchungen verliefen zwar negativ, dennoch ließ die Intendanz der städtischen Bühnen die Vorstellungen ausfallen, um keinerlei Risiko einzugehen.

Die Polizei ist sich noch nicht darüber im klaren, ob die telefonischen „Warnungen“ nur zur Verunsicherung der Öffentlichkeit dienen sollen oder ernst gemeint sind. Im Präsidium neigt man allerdings zu der Ansicht, daß es sich bei den Urhebern der Attentatsdrohungen eher um kriminelle Unruhestifter handelt.

Fahndung koordiniert

Schon am Vermittag war der Präsident des Bundeskriminalamtes, der ehemalige Leiter der Nürnberger Stadtpolizei Dr. Horst Herold, zu Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher nach Bonn gefahren, um ihm über den Stand der Fahndung im Zusammenhang mit den Anschlägen der letzten Tage zu berichten. Unmittelbar danach reiste Herold nach Wiesbaden zurück. Dort koordinierte er mit den Leitern der Landeskriminalämter den Fahndungseinsatz. Gestern Abend unterrichtete Genscher den Innenausschuß des Bundestages, den der Vorsitzende Friedrich Schäfer (SPD) zu einer Sondersitzung einberufen hatte.

200 000 DM Belohnung

Die Belohnung, die für die Aufklärung der Attentatsserie ausgesetzt wurde, ist die nächste, die bisher je in der Bundesrepublik genannt wurde. Der Gesamtbetrag beläuft sich jetzt auf 200 000 Mark. Davon setzten 100 000 Mark der Bund, je 50 000 Mark Bayern und Hessen und 3000 Mark die Stadt Augsburg aus.

Unterdessen haben sich zahlreiche Politiker in der Bundesrepublik zu der Attentatsserie

geäußert. Bundesinnenminister Genscher erklärte vor dem Deutschen Postverband in Saarbrücken: „Was immer die Motive der Täter sein mögen — es gibt für diese Terrorakte weder eine moralische noch eine politische, noch eine rechtliche Legitimation. Gewalt darf unter keinen Umständen ein Mittel der Auseinandersetzung in unserem Staat werden.“ Es lägen weitere „ernstzunehmende“ Bombendrohungen vor. Der Rechtsexperte der Opposition im Bundestag, Friedrich Vogel, rief zu äußerster Entschiedenheit bei der Bekämpfung des „wachsenden, extremen“ Radikalismus auf. Appelle an das Zusammenstehen aller freiheitlich demokratisch gesonnenen Bürger reichten nicht aus.

Vor dem bayerischen Landtag erklärte Innenminister Bruno Merk, wer die demokratische Rechtsordnung mit Gewalt stürzen wolle, stelle sich außerhalb der Gemeinschaft und müsse der Achtung aller rechtl. Denkenden gewiß sein. Jede Aufforderung oder Verherrlichung von Gewalt müsse endlich unter Strafe gestellt werden.

Cohn-Bendit-Prozeß vertagt

Der deutsch-französische Studentenfürer Marc Daniel Cohn-Bendit wird sich am Mittwoch nach Pfingsten in Frankfurt wegen Landfriedensbruchs vor Gericht verantworten müssen. Das Verfahren, das gestern begann, wurde wegen des Fehlens einiger Zeugen vertagt. Vor dem Gericht geht es um das Verhalten Cohn-Bendits im November 1970 bei einer Demonstration für die Black-Panther-Bewegung. Der Student soll laut Anklage eine Volksmenge aufgefordert haben, „Ketten zu bilden und die Bullen zusammenzuschlagen“.

Im Gespräch

P. Bakker-Schut

Hollands RAF-Anwalt

„Entwürdigend“ sei die Behandlung seines Mandanten, des Deutschen Knut Folkerts, beschwerte sich der Anwalt Herman Pieter Bakker-Schut (36) im holländischen Gefängnis. Deutsche Methoden rissen offenbar in Holland ein.

Wer ist der holländische Anwalt, der sich schon seit Jahren der revolutionären Rhetorik eines RAF-Sympathisanten bedient? Der das Komitee „Verteidigung politischer Häftlinge in Westeuropa“ in Holland vertritt, in dem auch Croissant Mitglied ist?

Von dem Vorwurf, er sei ein holländischer „Croissant“, distanziert sich Bakker-Schut entschieden. Auch von der niederländischen Justiz wird ihm nicht unterstellt, daß er Beziehungen zu den RAF-Extremisten pflege.



ihnen gar aktiv helfe. Mit dem Wort hat er sich freilich oft genug für sie eingesetzt. Seit Wochen tobt im „Advocatenblad“ — einer Juristenzeitschrift — die Diskussion, inwieweit der Verteidiger eines angeblich politisch motivierten Mandanten auf diese Motive eingehen solle. Bakker-Schut geht darin sehr weit.

Mit solchen Ansichten ist Bakker-Schut ein Alleingänger. Von einem Advokatenkollektiv, wie es sich in Stuttgart um die RAF-Häftlinge scharte, kann in Holland keine Rede sein. Der Strafverteidiger M. Spong: „Der Anwalt sollte Abstand von der Weltanschauung des Mandanten bewahren“.

So denken die meisten holländischen Anwälte — im Gegensatz zu Bakker-Schut. Er wohnt mit Frau Joke im idyllischen Dorf Loenen am Vecht, arbeitet im strafrechtlichen Institut der Utrechter Universität und ist aktiv in Amnesty International. Seit er die Verteidigung des RAF-Mitglieds Roland Augustij übernahm, hat er eine Portion Ressentiments gegen die deutsche Polizei, gegen das gesamte „System“ der Bundesrepublik gezüchtet. Aber vielleicht waren diese Anti-Gefühle schon vorher da. N.F.

XXX

da 161 pl/vm

schleyer

a c h t u n g:

sie erhalten nachfolgend - wie angekündigt- die liste mit den namen der elf terroristen, die die schleyer-entfuhrer freipressen wollen.

liste eins
wen die schleyer-entfuhrer freipressen wollen =

hamburg, 14. oktober 77 dpa - auf der liste mit den namen der elf terroristen, die die schleyer-entfuhrer freipressen wollen, stehen vier unmittelbar zum harten kern der baader-meinhof-bande gerechnete terroristen (baader, ensstin, moeller, raspe), drei stockholm-attentaeter (krabbe, roessner, dewlwo), die mutmasslichen buback-moerder guenter sonnenberg und verena becker sowie die in muenchchen einsitzende ingrid schubert und der in hamburg inhaftierte werner hoppe.

im folgenden sendet dpa die kurzportraits.

in s t a m m h e i m sitzen ein:

baader, andreas (34), wegen gemeinschaftlicher toetung von fuerfuehrer menschen und mordversuchen in 59 faellen, gruendung einer kriminellen vereinigung, sprengstoff-gewikten und bankueberfaechten vom olg stuttgart am 28.4.77 zu lebenslanger freiheitsstrafe verurteilt.

ensstin, gudrun (37), ehemalige lehrerin, zusammen mit den baader-anarchisten baader, [REDACTED] und raspe am 22.4.77 vom olg stuttgart wegen mordes und mordversuchs zu lebenslanger freiheitsstrafe verurteilt.

raspe, jan-carl (33), diplom-soziologe, zusammen mit baader im juni 72 in frankfurt verhaftet und vom olg stuttgart am 27.4.77 wegen mord und mordversuchs zu lebenslanger freiheitsstrafe verurteilt. freilassung anlaesslich des ueberfalls auf die deutsche botschaft in stockholm am 24.4.75 gefordert (zusammen mit ensstin und baader).
dpa ti.og.vv14.okt 77 1255 nnnn

kwwpkt 77 1257 nnnn

pl/vm

Schleyer

Liste zwei (Hamburg)

die weiteren Namen =

Moeller, Irmgard (30), ehemalige Studentin, am 16.3.76 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und anderer Delikte zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe vom Hamburger Schwurgericht verurteilt. Vom Vorwurf des Mordes und Mordversuchs freigesprochen, verdächtigt zusammen mit Angela Luther am 24.5.72 den Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg ausgeführt zu haben, deswegen von der Staatsanwaltschaft Heidelberg angeklagt, am 3.1.77 von Hamburg nach Stuttgart verlegt.

Becker, Verena (25), Mitglied der Bewegung 2. Juni, am 12.12.74 zu sechs Jahren Jugendstrafe wegen Sprengstoffanschlags (ein toter) auf den britischen Yacht-Club in Berlin-Gatow verurteilt. Am 3.3.75 nach der Lorenz-Entführung in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen. Am 3.5.77 zusammen mit Guenter Sonnenberg nach dem Buback-Attentat festgenommen.

dpa ti cg 14. okt 77 1305 nnnn

9 pl/vm

Schleyer

Liste drei (hamburg)
die weiteren portraets =

PR
SQ
IP
SP

sonnenberg, guenter (232, am 3.5.77 zusammen mit ver na becker nach dem buback-attentat in singen (kreis konstanz) festgenommen, wird der haag-gruppe zugerechnet. bei seiner festnahme wurde er durch kopfschuesse schwer verletzt. aus der universitaetsklinik tuebingen wird er zunaechst nach stuttgart-stammheim und anschliessend in die vollzugsanstalt hohenasperg verlegt.

dellwo, karl-heinz (25), ehemaliger industriekaufmann aus opladen, wegen hausbesetzungen in hamburg 1973 zu einem jahr gefaengnis verurteilt, ueberflew zusammen mit krabbe, roessner und lutz taufer (er steht nicht auf der liste) am 25.4.1975 die deutsche botschaft in stockholm. dabei wurde er wie die anderen festgenommen, an die bundesrepublik ausgeliefert, in duessewdorf wie die anderen stockholm-attentaeter zu lebenslanger haftstrafe verurteilt. wue bei den stuttgarter bm-haeftlingen sind diese urteile noch nicht rechtskraeftig. dellwo sitzt in nrw ein, wahrscheinlich in bochum.

krabbe, hanna-elise (31), ehemalige studentin, auch sie ist verurteilte stockholm-attentaeterin. gehoerte dem kreis um das sozialistischen patientenkollektiv (spk) heidewberg an. nahm auch in hamburg an hausbesetzungen teil. sitzt in nrw ein.
dpa ti cg 14.okt 77 1310 nnnn

Sein Weg begann rechts

Bei Anwalt Bakker Schut geht das Engagement über den Rechtsbeistand hinaus

Von Hermann Bleich (Den Haag)

Der Name des 36 Jahre alten Juristen Pieter Herman Bakker Schut erscheint jetzt täglich in den niederländischen Zeitungen, seit er die Verteidigung des deutschen Terroristen Knut Folkerts übernommen hat, der einen Polizeibeamten erschoss und zwei andere schwer verletzte. Engagiert setzt er sich für seinen Mandanten ein; das ging bis zu der Androhung, den Staatsanwalt vor Gericht zu zitieren, wenn Folkerts — so behauptete es der Anwalt — weiterhin an den Füßen gefesselt in einer Tag und Nacht beleuchteten Zelle gefangengehalten und von deutschen Polizeibeamten verhört werde. Tatsächlich konnte er manche Forderung durchsetzen.

Bakker Schut ist auch in der Bundesrepublik nicht unbekannt. Er machte als Verteidiger des derzeit in Hannover inhaftierten Mitglieds der Rote-Armee-Fraktion Ronald Augustin von sich reden. Seine Entwicklung begann jedoch auf dem rechten Flügel. Er stammt aus einem gutbürgerlichen Milieu, als Student an der Universität in Leiden gehörte er einer politisch weit rechts stehenden Verbindung an. In den letzten Jahren jedoch erwarb er sich

den Ruf eines Anwalts, der revolutionären Bewegungen wohlwollend gegenübersteht; jetzt verteidigt er vorzugsweise Extremisten, aber in den Niederlanden hat ihm bisher noch niemand öffentlich vorgehalten, daß er sich über seine Anwaltsfunktion hinaus mit der Motivation seiner Klienten identifiziere. Aus der Tatsache allein, daß er Angehörigen der RAF in Strafverfahren zur Seite steht, macht ihm hier niemand einen Vorwurf.

Der junge Anwalt, der sehr gepflegt wirkt, sagt Selbstverständliches, wenn er versichert, auch Terroristen hätten ein Recht auf Verteidigung. In den Niederlanden gibt es jedoch keinen Rechtsanwalt, der in diesem Bereich so engagiert wäre wie er. Aber den Vorwurf des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, Bakker Schut unterhalte „seit Jahren konspirative Verbindungen zu deutschen Terroristen“, bezeichnet er als „lächerlich“. Derartige Anschuldigungen gehörten zu der „üblichen psychologischen Kriegsführung der westdeutschen Justizbehörden“.

In Fachkreisen gilt der Anwalt, der auch als Dozent beim Institut für Straf-

rechtswissenschaften an der Universität in Utrecht ist, als ein Könnler der juristischen Prozedur. Die niederländischen Fernsehzuschauer kennen ihn als Leiter einer Serie von Programmen über Rechtsfragen, wo er stets eher zurückhaltend und bescheiden auftrat.

Man muß wohl davon ausgehen, daß Bakker Schuts Engagement über den Rechtsbeistand hinausgeht. Als der niederländische Außenminister Max van der Stoep im August anlässlich des Hungerstreiks in Stammheim und anderen Vollzugsanstalten Bakker Schut ersuchen ließ, seinen Mandanten Ronald Augustin zum Abbruch dieses Streiks zu bewegen, lehnte der Anwalt ab. Er fand, es handele sich hier um eine berechnete politische Aktion. Vor Studenten der Erasmus-Universität in Rotterdam sagte er es dieser Tage noch deutlicher: „Ich sehe in Deutschland einen zunehmenden Faschismus, der auf die angrenzenden Länder ausstrahlt. Ich will es einmal ganz hart sagen: Wir sind bereits eine wirtschaftliche Kolonie Deutschlands; ohne Widerstand zu leisten, werden wir auch noch eine politische Kolonie werden.“

Verteidiger: Bakker Schut

XXX

it
dpa 103 vm

XXX

PR
SP
SP

terroristen/hintergrund
kurzportraits eins
portraits der stammheimer haeflinge =

stuttgart, 18. oktober 77 dpa/lsu - nach dem im november 1974 im verlauf eines hungerstreiks gestorbenen holger meins sowie der im mai 1976 ebenfalls durch selbstmord in ihrer stammheimer zelle aus dem leben geschiedenen ulrike meinhof sind nun auch die uebrigen zum harten kern der baader-meinhof-gruppe gehoerenden anarchisten gestorben bzw. schweben in lebensgefahr.

die kurzportraits der haeflinge:

andreas baader wurde am 6. mai 1943 in muenchen als sohn eines historikers geboren und galt als der organisatorische kopf der baader-meinhof-anarchisten. er wurde erstmals durch die brandstiftung in frankfurter kaufhaeusern bekannt, mit der er 1967 gemeinsam mit gudrun enszlin - wie er es bezeichnete - "ein fanal" setzen wollte. nach der verurteilung fuer diese tat zu einer dreijaehrigen freiheitsstrafe wurde baader 1970 gewaltsam von gesinnungsfreunden befreit und kuendigte anschliessend den aufbau einer "roten armee fraktion" an. im sommer 1970 hiewt er sich bei palaestinensischen guerillas in jordanien und syrien auf. am 1. juni 1972 wurde er nach einer schiesserei mit der polizei in frankfurt erneut festgenommen. waehrend seiner haft im stammheimer gefaengnis sollte er nach vermutungen der polizei sein "theoretisches defizit" aufgearbeitet haben und aus der zelle heraus weiterhin innerhalb des westdeutschen terrorismus eine befehlsfunktion ausgeuebt haben.

folgt kurzportraits zwei
dpa it 18. okt 77 0943 nnnn

Vollzug

ttmm
dpa 112 pl/vm

terroristen / hintergrund
kurzportraits zwei
gudrun enszlin =

die schwaebische pfarrerstochter und lehrerin gudrun enszlin wurde am 15. august 1940 in bartholomae auf der schwaebischen alb geboren. die als "hochbegabt" gewendete frau studierte germanistik, anglistik und philosophie und verfasste 1964 das taschenbuch "gegen den atomtod - stimmen gegen die atombombe". von der politik der bonner grossen koalition enttaeuscht, radikalisierte sich die ehemalige spd-wahlhelferin zunehmend. nach ihrer verurteilung wegen der mit baader ausgefuehrten kaufhausbrandstiftung wurde sie im juni 1969 wieder auf freien fuss gesetzt und tauchte unter, als das urteil rechtskraeftig wurde. frau enszlin, die als die freundin baaders galt, wurde im juni 1972 bewaffnet in einer hamburger boutique festgenommen.

jan carl raspe

jan carl raspe, der am 24. juli 1944 in seefeld/tirol geboren wurde, trat zunaechst in der oeffentlichkeit verhaeltnismaessig wenig in erscheinung. vor seinem anschluss an die baader-meinhof-bande im dezember 1970 war der diplom-soziologe mitglied der berliner "kommune nr. zwei". er verfasste mehrere wissenschaftliche abhandlungen und galt unter freunden als "so ein typischer intellektueller". raspe, der als einziger der in stammheim verurteilten nicht vorbestraft war, wurde gemeinsam mit baader und holger meins im juni 1972 in frankfurt festgenommen.

folgt kurzportraits drei
dpa ti fz vv18. okt 77 1006 nnnn

Vollzug

XXX

terroristen/hintergrund
kurzportraits drei und schluss (stuttgart)

irmgard moewler =

die am 13. mai 1947 in biewefewd geborene irmgard moewler soll von der anarchistischen "schwarzen hilfe" zur "roten armee-fraktion" gestossen sein. sie wurde im zusammenhang mit den spr ngstoffanschlaegen vom mai 1972 gesucht und anfang juli des gleichen jahres in offenbach gefasst. mitte maerz 1976 wurde die ehemalige studentin vom hamburgener schwurgericht wegen mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung und anderen dewukten zu viereinhalb jahren freiheitsstrafe verurteilt. am 3. januar dieses jahrs war sie von hamburg nach stuttgart-stammheim verlegt worden. da sie von den ermittlungsbehoerden auch verdaechtigt ist, zusammen mit der gesuchten terroristin angelika luther am 24.5.72 den bombenanschlag auf das us-hauptquartier in heidelberg ausgefuehrt zu haben, war gegen sie wegen dieses vorwurfs in diesem sommer von der heidewberger staatsanwaltschaft erneut anklage erhoben worden. der beginn dieses prozesses wurde fuer anfang kommenden jahres erwartet.

alle vier sollten wiederholt freigespresst werden

alle vier haefflinge waren waehrend ihrer mehrjaehrigen haft wiederholt in "hunger- und durststreiks" getreten. sie gehoerten zu der liste der ewf baader-meinhof-haefflinge, deren freilassung die entfuehrer von arbeitgeberpraesident hanns martin schleyer sowie die entfuehrer der lufthansa-maschine erreichen wollten. auch vorher war, so von den attentaeatern auf die deutsche botschaft in stockholm, versucht worden, die stammheimer haefflinge freizupressen.

dpa it 18.okt 77 1013 nnnn

Vollzug

upa 161 vm

terroristen / hintergrund
haefflinge eins (zwei teile)
harter baader-meinhof-kern loeschte sich sewbst aus
von dpa-korrespondent konrad haug =

stuttgart, 18. oktober 77 dpa/lsu - mit dem sewbstmord von gudrun enszlin, andreas baader und jan carl raspe am diensttag sowie dem im mai vergangenen jahres vorausgegangenen freitod von ulrike meinhof hat sich der harte kern der baader-meinhof-bande sewbst ausgeloescht. nach dieser spektakulaeren tat der stammheimer haefflinge, die die bundesrepublik seit knapp zehn jahren in atem hielten, koennen nunmehr die akten des "harten kerns" dieser terroristen endgueltig geschlossen werden.

fuenf monate nach ihrer verurteilung zu lebenslangen freiheitsstrafen wegen mehrfachen mordes und anderer schwerer verbrechen haben sie ihr leben beendet, bevor ihre verurteilung vom 28. april dieses jahres rechtskraeftig wurde. der beim bundesgerichtshof liegende revisionsantrag ihrer anwaewte ist mit dem tod der drei in den stammheimer zewlen gegenstandslos geworden.

durch die baader-meinhof-gefangenen wurde stammheim in den vergangenen jahren zu einem begriff. als das land baden-wuerttemberg 1974 dem anliegen des bundes entsprach, die haefflinge hier zusammenzufassen und ihnen den prozess zu machen, konnte noch niemand ahnen, wie sehr das problem der haft von terroristen die oeffentliche meinung bewegen sollten. fuer eine minderheit wurde "stammheim" zu einem synonym fuer "isolationsfolter" und "vernichtungshaft". fuer den ganz ueberwiegenden teil der bevoewkerung zur bewaehrungsprobe des rechtsstaatlichen vollzugs gerade auch fuer terroristen.

folgt haefflinge zwei und schluss

dpa it js mm 18.okt 77 1211 nnnn

Vollzug: Selbstmord in Sta.

dpa 214 pl / vm

terroristen
stammheim zwei (stuttgart)
trotz kontaktsperre von geiselbefreiung erfahren ? =

die vier haefllinge standen mit sieben anderen auf der liste derjenigen gefangenen, die durch die entfuhrungen von arbeitgeberpraesident hanns martin schleyer und der lufthansamaschine freigepresst werden sollten. ungeachtet einer kurz nach der schleyer-entfuhrung verhaengten kontaktsperre, die ihnen die kontaktaufnahme untereinander und zur aussenwelt abschneiden sollte, haben die stammheimer baader-meinhof-haefllinge vermutlich von der geiselbefreiung in somalia erfahren.

so bezeichnete es der stammheimer gefaengnisarzt dr. hewmut henck als moeglich, dass die vier haefllinge von ausserhalb der haftanstalt gewisse lichtsignale erhalten haben koennen. untereinander haetten die gefangenen zwar keinen sichtkontakt gehabt, doch sei es denkbar, dass sie sich durch akustische signale verstaendigten. nicht ausgeschlossen wurde aber auch, dass sie durch "normale" haefllinge, die die ereignisse der nacht im radio mitverfolgen konnten, durch zuruf informiert wurden.

andreas baader, gudrun ensslin und jan carl raspe war n am 28. april dieses jahres wegen mehrfachen mordes und zahlreicher mordversuche sowie wegen anderer dewikte zu lebenslanger freiheitsstrafe verurteilt worden. nachdem ihre anwaewte beim bundesgerichtshof revision eingewegt hatten, war das urteil jedoch noch nicht rechtskraeftig. durch die sewbstmorde ist dieses groesste anarchisten-verfahren der deutschen rechtsgeschichte nach angaben des bgh abgeschlossen. irmgard moewler ist dagegen unter anderem wegen zugehoerigkeit zu einer kriminewlen vereinigung rechtskraeftig verurteilt.

folgt stammheim drei und schluss

dpa cg cw rk vv18.okt 77 1405 nnnn

vollzug: Selbstmorde in Stammheim

00
dpa 230 pl/vm

terroristen
stammheim drei und schluss (stuttgart)
es begann mit kaufhausbrandstiftung in frankfurt =

noch vor beginn des stammheimer prozesses im mai 1975 war im november 1974 der urspruenglich mitangeklagte holger meins nach einem hungerstreik in wittlich/eifew gestorben. im mai 1976 beging die mitangeklagte ulrike meinhof ebenfalls in ihrer stammheimer zewle selbstmord. an der offiziellen sewbstmord-version waren insbesondere von seiten der baader-meinhof-verteidiger immer wieder zweifel, zum teil sogar der verdacht des mordes geaussert worden.

erste anzeichen auf das geschehen der stammheimer haftanstalt waren am dienstagfrueh kurz vor acht uhr sichtbar geworden, als auf das gefaengnisgewaende in sehr eiliger fahrt und mit sondersignalen von polizei begleitete notarztwagen fuhren. die ambulanzfahrweuge verliessen kurz darauf wieder das gefaengnis, wobei beobachter in einem fahrzeug einen mann, moeglicherweise raspe, erkannten.

baader, der als organisatorischer kopf der gruppe galt und nach vermutungen der polizei auch aus der zewle heraus noch eine befehlsfunktion innerhalb des terrorismus ausuebte, wurde erstmals durch eine 1968 erfolgte kaufhausbrandstiftung in frankfurt bekannt. nachdem er zusammen mit frau ensslin wegen dieser tat zu einer dreijaehrigen freiheitsstrafe verurteilt wurde, befreiten ihn 1970 gesinnungsgenossen mit waffengewalt. danach kuendigten er und andere den aufbau einer "roten armee fraktion" an, deren mitglieder teilweise von palaestinensischen guerillas ausgebildet wurden und die seitdem mit ihr n aktionen die bundesrepublik in atem hiewten.

dpa cg cw kh vv18.okt 77 1442 nnnn

vollzug

Die Elf

Durch eine Indiskretion der baden-württembergischen Landesregierung wurde am Mittwoch bekannt, daß die Entführer der Freilassung der in Stammheim inhaftierten Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Sabine Schmitz, Ingrid Möller und Verena Becker sowie des in Hohenasperg liegenden Günther Sonnenberg verlangen. Wer die vier restlichen „Kandidaten“ sind, wurde nicht bekannt. Es könnte sich um die kürzlich von Stammheim nach Hamburg verlegten Werner Hoppe, Wolfgang Beer und Helmut Pohl sowie um Hanno Elise Krabbe (zur Zeit Köln) handeln.

Andreas Bernd Baader, geboren am 6. Mai 1943 in München, wurde am 31. Oktober 1968 in Frankfurt wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung mit Gudrun Ensslin und zwei weiteren Tätern im Kaufhof (2. April 1968) zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 13. Juni wurde Baader aus der Haft entlassen, da die Verurteilung noch nicht rechtskräftig war. Der Bundesgerichtshof verwarf seine Revision am 12. November 1969. Baader entzog sich der Verbüßung seiner Reststrafe. Am 4. April 1970 konnte er in West-Berlin wieder gefaßt werden. Am 14. Mai 1970 wurde Baader unter Mitwirkung von Ulrike Meinhof gewaltsam aus der Haft befreit. Seitdem blieb er flüchtig bis zu seiner dritten Festnahme am 1. Juni 1972 in einer Frankfurter Garage. Baader wurde gemeinsam mit Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe vom Stuttgarter Oberlandesgericht im Frühjahr dieses Jahres zu lebenslanger Haft verurteilt.

Gudrun Ensslin, geboren am 15. August 1940 in Bartholomäe bei Schwäbisch-Gmünd, lernte nach einem Studium in mehreren Städten in West-Berlin Baader kennen. Beide wurden im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) politisch aktiv. Wegen Brandstiftung in Frankfurt wurde sie zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie entzog sich wie Baader der Strafverbüßung. Im Sommer 1972 wurde sie in einem Hamburger Modegeschäft festgenommen.

Jan-Carl Stefan Raspe ist am 24. Juli 1944 in Seefeld/Tirol geboren. Er ist Diplomsociologe und stieß nach Mitgliedschaft im SDS und in der West-Berliner „Kommune 2“ zur RAF.

Hanna Elise Krabbe ist am 24. Oktober 1945 in Bentheim geboren. Sie studierte Sprachen, Soziologie und Politik. Am 20. Juli 1977 wurde sie in Düsseldorf zu lebenslanger Haft verurteilt, weil sie mit anderen am 24. April 1975 die Deutsche Botschaft in Stockholm überfallen habe.

Sabine Schmitz, geboren am 13. August 1955 in Bonn, ist ehemalige Studentin. Sie hat nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft engen Kontakt zu der Gruppe gepflegt, die unter dem Verdacht steht, Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet zu haben.

Verena Becker, geboren am 31. Juli 1932 in Berlin, ist berufslos. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft hat sie ihren Lebensunterhalt als Telefonistin und als Assistentin einer Flekople aus dem Bundesarchiv

Hanna Elise Krabbe ist am 24. Oktober 1945 in Bentheim geboren. Sie studierte Sprachen, Soziologie und Politik. Am 20. Juli 1977 wurde sie in Düsseldorf zu lebenslanger Haft verurteilt, weil sie mit anderen am 24. April 1975 die Deutsche Botschaft in Stockholm überfallen habe.

Sabine Schmitz, geboren am 13. August 1955 in Bonn, ist ehemalige Studentin. Sie hat nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft engen Kontakt zu der Gruppe gepflegt, die unter dem Verdacht steht, Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet zu haben.

Verena Backer, geboren am 31. Juli 1932 in Berlin, ist berufslos. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft hat sie ihren Lebensunterhalt als Telefonistin und als Arbeiterin in einer Fleischwarenfabrik verdient. Am 21. Juli 1972 wurde sie zum ersten Mal in West-Berlin festgenommen. Sie wird zur „Bewegung 2. Juni“ gerechnet. 1974 Verurteilung wegen Sprengstoffexplosion und anderen Straftaten zu sechs Jahren Jugendhaft. Am 3. März 1975 wurde sie im Austausch mit dem entführten Politiker Peter Lorenz freigelassen. Am 3. Mai 1977 wurde sie zusammen mit Günter Sonnenberg nach einer Schießerei mit Polizisten in Singen festgenommen.

Günter Sonnenberg, geboren am 21. Juli 1954 in Karlsruhe, hat in Heidelberg studiert. Er soll zur Gruppe Haag gehören. Mit gestohlenen Ausweispapieren habe Sonnenberg in der Schweiz Waffen gekauft. Er sei verdächtigt, bei einer Personenüberprüfung an der Schweizer Grenze am 5. Januar 1977 auf Beamte geschossen zu haben. Außerdem werde er verdächtigt, am 7. April 1977 Buback und seine Begleiter ermordet zu haben. Sonnenberg habe das Tatfahrzeug, ein Motorrad „Suzuki“, gemietet. Bei ihm habe man nach der Festnahme in Singen die Tatwaffe, eine Schweizer Schnellfeuerwaffe, gefunden. Sonnenberg ist durch einen Kopfschuß schwer verletzt.

Irmgard Möller, geboren am 13. Mai 1947 in Bielefeld, Germanistik-Studentin, soll über die „Schwarze Hilfe“ zum Kreis um Ulrike Meinhof gestoßen sein. Am 9. Juli 1972 wurde sie in Offenbach mit dem in Kaiserslautern zu lebenslanger Haft verurteilten Klaus Jünschke verhaftet. In Hamburg wurde sie wegen verschiedener Straftaten und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Wolfgang Beer, geboren 1954 in Hamburg, wurde zusammen mit Margit Schiller im Zuge einer Fahndung nach einer RAF-Nachfolgeorganisation am 4. Februar 1974 in Frankfurt verhaftet. Vom Hamburger Gericht ist er wegen verschiedener Straftaten und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Werner Hoppe, 25 Jahre, wurde am 15. Juli 1971 bei einer Polizeiaktion gegen Terroristen in Hamburg festgenommen. Er befand sich in Begleitung der gesuchten Petra Schelm, die bei der Festnahme von einem Polizisten erschossen wurde. Am 26. Juli 1972 wurde Hoppe wegen verschiedener Straftaten, unter anderem Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Helmut Pohl, 30 Jahre alt, ist Student aus Frankfurt. Er wurde am 21. Juli 1971 in Stuttgart-Bad Cannstatt festgenommen und am 23. März 1972 vom Landgericht Stuttgart wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, bewaffneten gemeinschaftlichen Diebstahls, Vergehen gegen das Waffengesetz und Beihilfe zur Urkundenfälschung verurteilt.

ULF G. STUBERGER